

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion, an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:  
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 46.

Danzig, den 4. Juni 1913.

4. Jahrgang.

## Bauernschaft und Militarismus.

Wenn man der konservativen Presse und den konservativen Rednern Glauben schenken darf, dann muß auch in der kleinen Landwirtschaft für alle Militärforderungen eine besondere Berücksichtigung herrschen. Und die konservativ-landwirtschaftliche Presse läßt es sich denn auch nicht nehmen, von Zeit zu Zeit Fälle von ganz außerordentlicher Opferfreudigkeit einzelner kleiner Landwirte für den Militarismus zu erzählen. Hand in Hand damit geht dann die Behauptung, daß aus der Landwirtschaft nicht allein der größte Idealismus dem Heerwesen von heute entgegengebracht wird, sondern daß wir auch noch immer aus den Kreisen der Landwirtschaft die größte Zahl unserer Rekruten erhalten.

Gestützt wird diese letzte Behauptung vor allen Dingen auch durch die dem Reichstag alljährlich zugehenden amtlichen Uebersichten über die Ergebnisse des Heeresergänzungsgeschäftes. Danach waren von 292 155 Eingestellten im Jahre 1911 173 285 Mann auf dem Lande geboren und 118 870 stammen aus den Städten. Nun aber ist das Schema, das diesen Ermittlungen zugrunde gelegt wird, ein recht grobes; denn alle Gemeinden unter 2000 Einwohner werden als flaches Land angesehen und die in diesen Gemeinden geborenen Eingestellten den Landbewohnern zugeordnet. Wie verkehrt eine solche Berechnung und Einteilung ist, darauf wurde schon vor einer Reihe von Jahren von hervorragenden Volkswirtschaftlern, unter denen sich Lujo Brentano und Stuczynski befinden, hingewiesen. Diese beiden Gelehrten zweifelten auch die allgemein geltende Anschauung von dem Ueberwiegen der militärischen Tauglichkeit der Landbevölkerung an und sie verlangten, daß man den Beruf der Ausgehobenen feststellen sollte. Das würde am deutlichsten erkennen lassen, ob die industriellen und gewerblichen Berufe in der Tat bei der Rekrutenstellung so weit hinter dem Aufschwung der Land- und Forstwirtschaft zurückgeblieben. — Als dann eine Erhebung über die Herkunft der deutschen Unteroffiziere und Soldaten am 1. Dezember 1906 bekannt wurde, da fanden jene Zweifel eine Bestätigung. Freilich, nach den einzelnen Aushebungsbezirken gegliedert, überwiegen die sogenannten ländlichen Bezirke mit der Zahl der aus ihnen stammenden Mannschaften über die Mannschafsziffer jener Bezirke, die auch eine namhafte städtische Bevölkerung hatten. Aber dieses Bild, aus dem man sofort wieder eine körperliche Ueberlegenheit der ländlichen Bevölkerung über die städtische und insbesondere über die großstädtische zu folgern bereit war, änderte sich, als man den Beruf der Soldaten feststellte. Diese Zusammenstellung ergab nämlich, daß von 608 905 Mann, die im Heer und bei der Marine in Betracht kamen, 451 360 oder 72,23 Prozent aus dem Bergbau, der Industrie, dem Handel oder anderen nichtlandwirtschaftlichen Berufen hervorgegangen waren, während nur 157 545 oder 25,21 Prozent aus der Landwirtschaft stammten. Und selbst von den Mannschaften, die in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern geboren waren, hatten nur 141 514 oder 35,25 Prozent eine landwirtschaftliche, dagegen aber 250 825 oder 62 Proz. eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit beruflich ausgeübt. Doch mit diesem Ergebnis wollten sich die Verteidiger der besonderen Tauglichkeit „ländlicher“ Gestaltungspraktiker nicht bescheiden und um ihre Behauptungen zu retten, verpflichten sie, man solle den Beruf des Vaters des Soldaten feststellen. Auch das geschah und ergab, daß von den Vätern von 624 861 Mannschaften nur 222 428 oder 35,60 Prozent einem landwirtschaftlichen, 382 047 oder 61,14 Proz. aber einem anderen Beruf nachgegangen waren. — An der Tatsache, daß von den Angehörigen nicht landwirtschaftlicher Berufe der Hauptteil unserer Rekruten gestellt wird, ist dann auch nicht mehr zu rütteln. Die amtliche Uebersicht für 1911 muß es selbst zugeben; denn von 292 155 Eingestellten waren nur 82 733 oder 28 Prozent in landwirtschaftlichen Berufen tätig gewesen.

Aber ähnlich wie mit der Behauptung von den größeren persönlichen Opfern, welche die Landwirtschaft für den Militarismus zu bringen haben soll, steht es mit der, daß der Landwirt mit einem ganz besonderen Eifer sich für jede Heeresvermehrung begeistere.

Dabei muß vor allen Dingen der gewaltige Unterschied, der auch hier zwischen den Interessen der Großlandwirtschaft und denjenigen der kleinen Landwirte besteht, in Betracht gezogen werden. Der ländliche Großgrundbesitzer, namentlich dann, wenn er zum Adel gehört, ist aus naheliegenden Gründen ein eifriger Verteidiger jeder Rüstungsvermehrung. Nicht allein, daß die Söhne des ländlichen Adels die ihnen in erster Linie offengehaltenen Offiziersstellen vermehrt sehen, der Großgrundbesitzer selbst sieht als Lieferant von Getreide und Lebensmitteln, von Pferden und von Futtermitteln für das Heer seine Interessen stark anwachsen. Dazu kommt, daß ihn die indirekten Abgaben, aus denen bisher die Hauptkosten für die militärischen Rüstungen gedeckt wurden, nicht derart drücken, wie den Kleinlandwirt, der zumeist noch einen Teil der landwirtschaftlichen Schutzgelder mit aufbringen muß. Für den kleinen Bauern fallen auch die anderen Vorteile fort, die der große Landwirt vom Heer und von den Rüstungen hat. Für Armeekorps- und

Marineleistungen kommt der kleine Bauer nicht in Betracht, dagegen bringen ihm die Manöver mit den vielfach ungerechten Schadenschätzungen für Flurverwüstungen schwere wirtschaftliche Nachteile. Dazu kommt dann noch, daß die Einziehung der Bauernsöhne für zwei und drei Jahre vielen und insbesondere den kleinsten Bauern zumeist eine so schwere Belastung ist, daß darunter besonders hochgestimmte Begeisterungsgefühle für den Militarismus nicht aufkommen können.

Wie schwer der kleine Bauer gerade unter dieser Last des Militarismus leidet, das in wirksamer Weise darzulegen, hat bekanntlich vor einiger Zeit der frühere Zentrumsabgeordnete Dr. Heim versucht. Heim war für die Zentrumsparlei immer ein Schreckenskind, er blieb es auch jetzt, als er im Gegensatz zu dem Bewilligungseifer des Zentrums eine ungemein interessante Gegenbemerkung in einer Broschüre: „Um der Gerechtigkeit willen“ machte. Dabei stützte sich Heim auf die straffe Organisation der Bayerischen Bauernvereine und auf die ihm bekannte innere Abneigung des Bauern gegen den militärischen Frontdienst. Freilich versucht Heim der Sache dadurch eine harmlosere, weniger militärfeindliche Deutung zu geben, daß er die „Blutsteuer“, der der Landwirt im besonderen Maße unterworfen sei, als berechtigten Anlaß dazu sieht, den Landwirt dafür bei der Besteuerung rückwärts zu behandeln. Aber in den Bauern selbst, die Heim die Angaben lieferten, muß ein tiefer Unwille gegen den heutigen Militarismus sitzen. Das ergibt sich vor allen Dingen auch aus einzelnen Schreiben, die von den Bauern an Heim gerichtet wurden. „Diese Briefe greifen ans Herz!“ heißt es in der Broschüre, die auch einige der markantesten dieser Zuschriften enthält.

Der Kreis der Erhebungen erstreckt sich auf 3926 Gemeinden von Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittel- und Unterfranken und Schwaben. Aus 1457 Gemeinden liefen Antworten ein, die ergeben haben, daß

3 Familien je 9 =	27 Soldaten stellten
8 „ „ 5 =	64 „ „
37 „ „ 7 =	259 „ „
142 „ „ 6 =	852 „ „
488 „ „ 5 =	2440 „ „
1165 „ „ 4 =	4560 „ „

insgesamt 1843 Familien 8302 Soldaten stellten.

Wie davon aber wiederum die kleinen Besitzer am härtesten getroffen wurden, läßt folgende Aufstellung erkennen, bei der die Größe des Grundbesitzes im Gegensatz zu der geleisteten Blutsteuer gestellt ist. Es kommen auf einen Grundbesitz

von	mit 9,	mit 8,	mit 7,	mit 6,	mit 5,	mit 4 Soldaten
0—2 Hektar	1	2	7	25	84	193 Familien
3—5 „	1	2	7	20	95	208 „
6—10 „	1	1	9	33	97	250 „
11—15 „	1	1	6	17	53	128 „
16—20 „	1	2	14	40	98	„
21—25 „	1	3	6	32	69	„
26—30 „	1	1	5	21	41	„
31—35 „	1	1	5	15	38	„
36—40 „	1	1	4	15	27	„
41—45 „	1	1	2	2	17	„
46—50 „	1	1	2	2	7	20 „
darüber	1	2	4	11	18	„
ohne Angabe	1	1	5	16	58	„

Zusammen 3 8 37 142 488 1165 Familien

Aber wie beträchtlich außerdem die Lasten sind, die den Soldatenfamilien noch durch die den Eingezogenen zugewendeten Geld- und Naturalunterstützungen erwachsen, ist dadurch ersichtlich, daß von 1614 Familien 2 603 816 Mark Zuschüsse geleistet wurden. Doch die Hauptbelastung durch den Militarismus erblickt der kleine Landwirt darin, daß ihm derselbe mit den Söhnen auch häufig die Arbeitskräfte fortnimmt, die dann wieder durch fremde und zumeist teure Hilfskräfte ersetzt werden müssen. Manche Familie wurde durch diese Lasten nicht nur schwer, sondern auch dauernd geschädigt und in ihrer wirtschaftlichen Existenzsicherheit bedroht. — Kann es da wundernehmen, wenn auch in der kleinbäuerlichen Bevölkerung vielfach eher alles andere als eine Begeisterung für den Militarismus und für die neuen Heeresvorlagen vorhanden ist, nach deren Zustandekommen die Lasten der Kleinbauern noch wachsen müssen?

Wird man aber dieser begründeten Abneigung gegen den Militarismus dadurch gerecht, daß man — wie Heim — den Kleinbauern steuerliche Erleichterungen gewährt sehen möchte? Oder daß der Lohnsatz um so höher sein soll, je größer die Zahl der aus einer Familie dienenden Söhne ist? Oder aber, indem den kleinbäuerlichen Familien, deren durch den Entzug eines Sohnes die wirtschaftliche Existenz gefährdet wird, Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den wirtschaftlichen Untergang zu verhindern? — Alles das, was hier als eine Belastung des Bauern angeführt wird, gilt für die meisten Familien der nichtlandwirtschaftlichen Arbeiterkreise, die durch die Entziehung ihrer Söhne zum Militarismus schwer geschädigt werden. Es kann sich also nicht darum handeln, einem besonderen Stand Erleichterungen von dem Druck dieser militärischen Lasten zu verschaffen, sondern dem ganzen Volk diese Plage zu erleichtern.

Und da kommt neben der strikten Ablehnung jeder weiteren Militärforderung vor allem die Verkürzung der aktiven

Dienstzeit in Betracht. Dafür hat auch der Bauernstand das weitestgehende Verständnis. Wer mit der bäuerlichen Bevölkerung zu tun hat, weiß, wie lebhaft man in diesen Kreisen jede Forderung nach einer Verkürzung der Dienstzeit begrüßt. Vor allem kommt das in dem Verlangen der kleinbürgerlichen Bevölkerung nach einem möglichst langen Ernteurlaub der Soldaten, dann aber auch in der tiefen Feindschaft gegen die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligendienstes zum Ausdruck. Gerade diese letztere ist es, die den Bauern, dessen Sohn zumeist zwei bis drei Jahre dienen müssen, während die Söhne jener Leute, welche die Angehörigen nicht so dringend im Haus und Geschäft brauchen, nur ein Jahr zu dienen haben, häufig aufbegehren läßt.

Beide Forderungen — zusammen zu der einen verbunden, die aktive Dienstzeit, unter Beseitigung aller Ausnahmen, auf ein Jahr festzusetzen — wurden aber bisher allein von der Sozialdemokratie erhoben und vertreten. Alle anderen Parteien — auch das Zentrum, das die Heimischen Erhebungen und Veröffentlichungen beharrlich totgeschwiegen hat — sind gegen diese Forderungen. So wenig sie den Mut gefunden haben, sich überhaupt gegen die Uebernahme der durch die neuen Rüstungsforderungen dem Volke auferlegten furchtbaren Opfer zu wehren, denken sie — wie die jüngsten Beratungen in der Budgetkommission beweisen — gar nicht an eine Verkürzung der Dienstzeit oder an die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Vorrechts.

Um so unerschrockener und zuverlässlicher kann die Sozialdemokratie den kommenden Dingen entgegengehen; denn wenn selbst der Bauernschaft durch diese Umstände Klagemacht werden kann, daß sie in ihrem Bestreben, von den militärischen Belastungen erleichtert zu werden, allein durch die Sozialdemokratie unterstützt wird, dann bricht auch bald die letzte Stütze zusammen, auf die sich unsere Rüstungsfanatiker und -hitzer heute noch glauben stützen zu können. Und daß diese Stütze immer morscher wird, dafür wird der Militarismus selbst am meisten sorgen.

## Politische Übersicht.

### Erzielte Einigung über den Wehrbeitrag?

Wolffs Bureau meldet: Die Besprechung, die, entsprechend dem Beschluß der Budgetkommission, je zwei Mitglieder der Parteien mit dem Reichsfinanzsekretär Kühn am Donnerstag nachmittag über den Wehrbeitrag hatten, dauerte 3 Stunden. Darin wurde eine Einigung erzielt, die im großen und ganzen auf folgender Grundlage beruht: Das Einkommen wird kapitalisiert, und zwar werden Einkommen von 5000 bis 50 000 Mark dem zehnfachen Vermögen, Einkommen von 50 000 bis 100 000 Mark dem 12fachen Vermögen, Einkommen über 100 000 Mark dem 15fachen Vermögen gleichgestellt. Vom Einkommen werden fünf Prozent als Vermögenszinsen abgezogen. Einräumig angenommen wurde die Heranziehung der Einkommen von 5000 Mark an aufwärts. Vermögen unter 50 000 Mark sollen frei bleiben, jedoch mit 2% Einschränkung, daß Vermögen von 30 000 bis 50 000 Mark desjenigen steuerpflichtig sind, der gleichzeitig ein Einkommen von 2000 Mark und mehr hat. Die Steuersätze werden durchgestaffelt werden, doch sind die Sätze der Höhe nach noch nicht festgelegt.

Nach dieser Mitteilung ist also in der Unterkommission der Budgetkommission eine Uebereinkunft über die Gestaltung des sogenannten Wehrbeitrags erzielt worden. Die Vermögen sollen zu dieser einmaligen Abgabe nicht von 10 000, sondern erst von 30 000 Mark an herangezogen werden, die Einkommen dagegen schon von 5000 Mark an. In der Budgetkommission sollen morgen die entscheidenden Beschlüsse hierüber gefaßt werden, da aber nach der Meldung die Vereinbarung einstimmig und mit Zustimmung der Regierung erfolgte, so wird man in diesem Antrage die Rücksicht zu erblicken haben, nach der der Wehrbeitrag bemessen werden wird. Daß eine Verständigung über diesen Teil der Deckungsvorlagen verhältnismäßig leicht sein würde, war vorauszu sehen, obgleich man auch hier die sozialdemokratischen Anträge wieder beiseite schiebt oder bis zur Untermittlichkeit verfrachtet. Die Sozialdemokratie beantragt vor allem, daß die Staffelung der Abgabe so energisch geschehe, daß wirklich und endlich einmal die Reichen und Ganzreichen ausgiebig getroffen werden. Zweitens aber, daß diese Abgabe zu einer wiederkehrenden, zu einer dauernden gemacht werde, wobei die Ueberschüsse wirklichen kulturellen Zwecken nutzbar zu machen sind.

Größere Schwierigkeiten und Kämpfe werden aber einsehen bei der Beratung der weiteren Deckungsvorschläge. Hier liegt noch alles im Dunkel, obgleich immer mehr die Führer nach einer allgemeinen Erbschaftsteuer ausgeht werden. Sogar die Regierung läßt indirekt ihre Bereitwilligkeit durch die Schweineburgische Korrespondenz (Berl. Polit. Nachrichten) erklären. Da heißt es zum Beispiel:

Der nunmehr allein verbleibende Weg, den Besitzsteuer-Resolutionen vom vorigen Jahre gerecht zu werden, liegt klar vor Augen. Die Mehrheit des Reichstages braucht bloß die Erbschaftsteuer von 1909 wieder aufzunehmen, um alsbald zu einem positiven Ergebnis über die Deckungsfragen zu gelangen. Wird die Vorlage noch dahin verbessert, daß die Erbteile von Witwen und Waisen, deren Lage durch den Erbfall nicht verbessert wird, steuerfrei bleiben, und daß für diejenigen, deren wirtschaftliche Lage nach dem Betrage des Erbfalls sich verbessert, eine Ermäßigung der Erbschaftsteuer eintritt, so wird es auch denjenigen Parteien, welche grundsätzlich der Einführung der Besteuerung des Vermögens widerstreben, äußerst schwer fallen, diesen ihren Widerspruch bis zu den äußersten Konsequenzen durchzuführen.

Diese Winkeln sollen den Konzentration und dem Zentrum nahe liegen, das sie lieber zugehen wollen, als es schließlich eine noch mehr gestärkte allgemeine Vermögens- oder Einkommensteuer. Das diese Arbeit schon zur Hälfte gelungen ist, beweist die konsequente Verweigerung der Erbschaftsteuer — wenn Kautelen für den ländlichen Besitz geschaffen werden. Man muß sich nachgeben, wodurch man sich die Gestaltung der Steuer im Einklang mit der, wodurch sonst das Unglück ohne Abänderung herabdrückt. Die Blauschwärze beginnt überhaupt zahlreicher zu werden und eine Verhängnis — der Unparteilichkeit zu fürchten. Die Frankfurter Zeitung sagt darüber:

Schließlich wird alles vom Zusammenhalten der Linken abhängen. Es ist gewiß nützlich, daß die Nationalliberalen mit dem Zentrum verhandeln. Aber sie werden sich dabei wohl auch bemühen, daß sie bei solchen Verhandlungen nicht nur auf sich selbst, sondern zugleich auf die Volkspartei und die Sozialdemokratische Rücksicht zu nehmen haben. Die Sozialdemokraten haben aber wieder durch ihre Abstimmung von der Linken gezeigt, daß sie bereit sind, in der Finanzlage mit der übrigen Linken (sollt) gemeinsam zu operieren. Sie haben daher Anspruch darauf, innerhalb der Linken entsprechend zur Geltung zu kommen. Schließlich bestehen für ein Zusammengehen der drei Parteien ja auch gar keine besonderen Schwierigkeiten, denn das Programm der Linken in dieser Sache ist klar: die Linke muß alle finanzpolitischen Forderungen unbedingt ablehnen. Ihre Forderungen sind: Reichswahlsteuer und allgemeine Erbschaftsteuer.

Ob die Liberalen im Reichstage diese Winkeln in praktische Anträge umsetzen werden, ist noch nicht vorauszuweisen. Daß sie sich nicht durch das energische Drängen der Sozialdemokraten zu einer vielleicht doch erwähnenswerten Belastung der Beliehenden verstehen lassen, dafür wird unsere Fraktion sorgen.

## Deutschland.

### Zuhälter, Dinnen und — Sozialdemokraten.

In der Budgetkommission warf neulich bei der Besprechung des Militärbudgets der Kriegsminister die Sozialdemokratie mit Dinnen und Zuhältern in einen Topf. Hierzu schreibt die Naumannsche Hilfe:

„Die gute Kinderstube des — Kriegsministers. Wenn in Preußen-Deutschland jemand Offizier werden will, so genügt dazu, wie jedermann weiß, die militärische Tüchtigkeit und Befähigung noch keineswegs. Der Mann muß auch gesellschaftsfähig sein. Das ist aber noch längst nicht dadurch, daß er selbst sich in guter Gesellschaft zu bewegen versteht, auch seine Angehörigen müssen nach Rang und Kinderstube auserwählte Menschen sein, und das alles — wenigstens angeblich — damit eine Steigerung des guten Rufes in Offizierskreise durch schickliche Manieren und Mangel an Höflichkeit vollkommen unmöglich gemacht werden soll. Ist das gleich Unfug, so hat es doch Methode. Aber wie sieht sich dazu, was in der Budgetkommission der Herr Kriegsminister v. Heeringen sich leisten zu können geglaubt hat. Der fortschrittliche Abgeordnete Viesching hatte gerügt, daß die Militärbehörden oft auch aus politischen Gründen den Kontakt verhängen. Darauf antwortete der Kriegsminister in seiner Herzenshöflichkeit, der Bognott werde nicht aus politischen Gründen, sondern aus Gründen der Disziplin verhängen gegen Lokale in denen Sozialdemokraten, Zuhälter und Dinnen verkehren. Diese Zusammenstellung ist wirklich allerliebst. Wie schlecht muß die Kinderstube des Herrn Kriegsministers gewesen sein, daß es ihm überhaupt möglich ist, eine ihm mißliebige Gesinnung mit Dinnen- und Zuhältertum in einem Atemzuge zu nennen! Auf die Gefahr hin, für unhöflich gehalten zu werden — wir haben dafür kein anderes Wort, als: Pfui Teufel, Herr Kriegsminister!

### Sturm im württembergischen Landtag.

In der württembergischen zweiten Kammer kam es aus Anlaß eines brutalen Ueberrumpelungsversuchs des Zentrums zu stürmischen Szenen und zu einer künstlich herbeigeführten Beschlußunfähigkeit. Bereits drei Tage dauert die Generaldebatte über den Etat des Jahres, in der von den Rednern der Rechten heftige An-

griffe parteipolitischer Art gegen die Linke gerichtet wurden. Von unserer Seite gaben die Genossen Mattutat, Lindemann und Feuerstein zehrende Antworten. Nur nebenbei wurde die alte Streitfrage der Aufhebung der Kreisregierungen gestreift. Die Mehrheit der linken Kammer setzte sich in Uebereinstimmung mit einer Regierungsentschließung für Abschaffung der Kreisregierungen aus. Das Zentrum suchte diese Vereinfachung der Staatsverwaltung lediglich aus dem Grunde zu vereiteln, weil die tatsächliche Stadt-Umwandlung der Sitz einer Kreisregierung ist. Gestützt auf die Verfassung in der Zusammenlegung der neuen Kammer arbeitet nun das Zentrum auf die Aufhebung des früheren Beschlusses hin, und der Bauernbund leistet ihm willig Gefolgschaft. Präsident von Kraut warf in der Fraktion der Linken sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um einige dissentierende Mitglieder dem Fraktionszwang zu unterwerfen. Einem Wandler wurde schließlich mit dem Ausschluß aus der Fraktion gedroht, wenn er sich nicht wenigstens der Abstimmung enthalte.

Nachdem alles vorbereitet, auch einigte Doppelmandate telegraphisch aus dem Reichstage herbeigeht worden, trat das Zentrum mit einem raffiniert formulierten Antrag hervor. In dem Moment, in dem der Volksparteier Hausmann zu diesem Antrag sprach und Uebereinstimmung mit einem Ausschuß beantragte, sprachen Zentrum und Bauernbund mit Hilfe einiger Nationalliberaler den Schluß der Debatte durch. Eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in der das gewalttätige Vorgehen der Rechten gezeigert wurde, war die Folge. Gewaltlose Vorlage der Rechten der Abstimmung über den Zentrumsantrag bis Freitag. Auch das wurde von der gesamten Rechten mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, obgleich im neuen Verband mit Rücksicht auf die unsicheren Mehrheitsverhältnisse die Vereinbarung getroffen und bisher durchgeführt wurde, wichtige Abstimmungen jeweils auf den Beginn der folgenden Sitzung zu vertragen. Als nunmehr über den Zentrumsantrag namentlich abgestimmt werden sollte, verließen die Sozialdemokraten und Volksparteier bis auf die zur Kontrolle zurückgebliebenen Abgeordneten Hausmann und Keil geschlossen den Saal. Damit war die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Am Beginn der nach einer Viertelstunde folgenden nächsten Sitzung sah sich der Präsident veranlaßt, nun selbst die Verlesung der Abstimmung bis Freitag vorzuschlagen, und die gestimmte Geschäftsordnungsdebatte nachdem noch einmal eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden hatte.

Jetzt erst erschienen die Mitglieder der Sozialdemokratischen und Volksparteier Fraktion wieder im Saal. Die Etatsberatung wurde bei den nächsten Titeln fortgesetzt. Der Verlauf der Sitzung offenbart mit aller Deutlichkeit sowohl die brutale Gewalttätigkeit der schwarz-blauen Parteien als auch die hilflosigkeit des konservativen Präsidenten von Kraut. Wiederholte Versuche von Keil und Hausmann grobe Verstöße des Präsidenten gegen die Geschäftsordnung festgestellt. Bei der Freitag nun stattfindenden Abstimmung wird die Rechte der Mehrheit erlangen, da auch einige Nationalliberaler aus Gründen der Kirchturnpolitik für die Erhaltung der Kreisregierungen stimmen werden.

### Arbeitslosendemonstration in Breslau.

In Breslau fand eine von 2000 Arbeitslosen besuchte Versammlung statt. Nach Schluß derselben zog der größere Teil der Arbeitslosen vor das Breslauer Rathaus, wo gerade die Stadtväter tagten. Den Stadtverordneten mag das ungewöhnliche Treiben unter den Fenstern des Sitzungssaales eine ernste Mahnung gewesen sein. Der Augenblick konnte auch nicht günstiger sein. Oben beriet man gerade darüber, ob man ungeachtet der chronischen Leere des Stadtsäckels anlässlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums dem Kaiser 400 000 Mark zur Verfügung stellen wolle. Da lönte von unten herauf das Geräusch der Arbeitslosenmasse, das Getrappel der Schuhmannspferde, die Kommandos der Offiziere. Da unten stand die Menge der Armen, deren Familien zu Hause in Hunger und Elend verkommen. Sie sind stumm, ruhig und besonnen. Nur durch ihr Dasein, nur durch ihren Anblick wollen sie die Stadtvertretung daran erinnern, daß sie bedeutendere Pflichten hat, die sie bisher versäumt. Die Armen da unten warten auf das Eintreten eines vor Jahren gegebenen Versprechens. Schon der achte Teil des Geldes, das hier ausgegeben werden

soll, genügt am wenigsten Not zu stillen. Sollte den Herren oben, die von dem Herrn des Sitzungssaales aus die Vorgänge auf dem Range beobachteten, nicht doch das Gewissen ein wenig geschlagen haben? — Die Polizei behauptete natürlich wieder ihren allmächtigen, der sie schon weit über Breslauer Mauer hinaus bekannt gemacht hat. Scharf gingen die Schutzleute bei der Säuberung des Ringes vor. Einzelne Uebereifrige zogen sogar ihre Säbel, obwohl das Verhalten der Arbeitslosen, das durchaus keinen Anlaß gab, Schimpfalten wie: „Strolche, laßt euch Arbeit!“ und anderes wurden den Demonstranten zugerufen. Drei, namentlich wurde der Ring „gejäuert“, trotzdem auch nicht das Geringste vorkam, das diese Maßregel rechtfertigte.

### Beihilfen an Kriegsteilnehmer.

Im Reichsanzeiger wird das Gesetz über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer veröffentlicht. Es hat nachstehenden Wortlaut:

§ 1. Die Beihilfen für unterstützungsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzug von 1870/71 und aus den von den deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen-Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, vom 22. Mai 1895, Reichsgesetzblatt S. 227, Artikel 13, 3 und 4, und Gesetz, betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds, vom 9. Juni 1906, Paragraph 2, werden auf den Betrag von 150 Mark jährlich erhöht.

§ 2. Den Witwen der Beihilfempänger werden die Bezüge der Verstorbenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate befristet. Die Zahlung erfolgt im Voraus in einer Summe.

§ 3. Die Beihilfen werden bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhender Unterstützungsbedürftigkeit unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit gewährt. Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage sind Zuwendungen Dritter nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen. Bei Feststellung der Fürsorgewürdigkeit hat das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht zu bleiben.

§ 4. Anwartschaft auf Bewilligung von Beihilfen haben unter sonst gleichen Voraussetzungen auch diejenigen Reichsangehörigen, die infolge ihrer früheren Staatsangehörigkeit in französischen Diensten in oder vor den Jahren 1870/71 an kriegerischen Unternehmungen teilgenommen oder in dänischen Diensten die Kriege von 1848/1850 oder 1864 mitgemacht haben. Gleichartige Zuwendungen anderer Staaten kommen auf die gesetzlichen Bezüge in Anrechnung.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1913 in Kraft.

### Eroberte Position.

Glender noch wie das Dreiklassenwahlrecht der Gemeinden im übrigen Preußen ist jenes, das in der Provinz Hannover gilt. Es vertrammet den Zugang zu den städtischen Gemeindehäusern derart, daß die Sozialdemokratie keinen einzigen Stadtverordneten besitzt, nicht einmal in Linden, das doch im Landtag sozialdemokratisch vertreten ist. Nur in Landgemeinden hat die Arbeiterpartei eine Anzahl Gemeinderatsitze inne. Hannoverisch-Münden, die Fabrikstadt am Zusammenfluß von Werra und Fulda, wird die erste Stadt sein, deren Rathaus der Sozialdemokratie die Tore öffnen muß; dort hat unsere Partei soeben zwei Sitze erobert, die bisher den Nationalliberalen gehörten. Es geht vorwärts!

## Ausland.

### „Frieden“.

London, 30. Mai. Der Präliminarfrieden ist um 12 Uhr 40 Minuten unterzeichnet worden.

Der Vorfrieden zwischen der Türkei und den Balkanverbündeten ist also endlich zu London geschlossen worden. Ob der Akt, den der englische Minister des Äußeren, Sir Edward Grey, und die Vertreter der beteiligten Staaten, die sich unter milder schönen Reden begleiteten, für die Balkanhalbinsel wirklich den Frieden bringt, das steht allerdings auf einem andern Blatte. Die Nachrichten über die Absichten der „Verbündeten“ bezuglich der Absichten der Bemühungen der „Verbündeten“ zwischen ihnen friedlich zu

## Wunder.

Von Eugen Helldal. Aus dem Wagnerischen von Stephan J. Klein.

III.

Der heiligelebende Vater Jidor und der Mesner traten dies noch am Latort fest, sperrten die Kirche zu und liefen sofort zur Polizei, um den schrecklichen Verlust und das Rationalunglück zu melden. Der Polizeikommissar nahm die Sache selbst in die Hand, die ganze Polizei wurde mobil gemacht und binnen einer Stunde hatten sie auch schon den Soldaten gerade in jenem Augenblick, als er aus dem Palast des Patriarchen Austrauberowics hinaustrat.

Der König, der von Sorgen geplagte, arme König, hatte auch schon bisher mit Ingrit die Weidung des Stadthauptmannes angehört; anderswo weilt seine Gedanken, bei den sich veripäntenden Ministern, bei den sich im geheimen Kandidaturen und Entlosten, die sein Geld kriegen. Am geheimeren Kandidaten er den Manen, der genug Mut besitzt, den hunderttausend Denare werten Diamantenfeld zu hehlen. Und jetzt, als er doch mit Erleichterung hörte, man habe den Dieb gefunden, schlug er zornig auf den Tisch:

„Was weißt du denn? Der Dieb hat man zum abschreckenden Beispiel auch noch aufgehängt; mich aber hört nicht mit solchen Dummeheiten.“

Inzwischen war der Polizeiminister zu sich gekommen und schämte sich, dem König zu sagen:

„Es ist noch nicht zu Ende, erlauchteter Herr.“ sagte er traurig, „es ist noch bei weitem nicht zu Ende. Denn wenn wir nur soviel zu finden gehabt hätte, würden wir es nicht gewagt haben, uns vor dem erhabenen Anlaß zu drängen. Das beste kommt jetzt.“

„So ist es, Herr.“ bekräftigte der Stadthauptmann. „Das beste kommt jetzt.“

Der König zog keine Stirn in Runzeln.

„Wie sprechen, aber kurz.“

„Der Dieb, Majestät.“ begann der Polizeiminister, „dieser von Gott verdammte Gans hat leugnet einfach, daß er den Dieb gefunden habe.“

„Habt ihr denn den nicht bei ihm gefunden?“

„Wir haben ihn gefunden, doch wollte er ihn nicht zurückgeben. Er sagt, er habe den Dieb nicht gefunden, sondern zum Geschenk bekommen.“

„Bekommen? Von wem bekommen?“

„Von der „Wunderwürdigen Jungfrau.““

Darauf schaute auch schon der König groß drein.

„Wiederhole es nur, mein treuer Diener Joro, denn ich befürchte, dich nicht gehört zu haben. Denn hier hat der Soldat den Dieb bekommen?“

geben kann, denn das Heer bekommt schon seit Monaten keinen Sold.

„Weiter, weiter.“ drängte der König, „das weiß ich ohnehin.“

„Und er hat so lange gefleht, bis sich die heilige Jungfrau seiner erbarmte, auf die Kante hinaustrat und von dort den ersten besten Wertgegenstand, der ihr in die Hand fiel, eben den Diamantenfeld hinunternahm. „Nimm dies, mein Sohn.“ sagte die „Wunderwürdige Jungfrau“ mit himmlischer Stimme, „er sei dein. Aber eile sofort zu dem alten Patriarchen Austrauberowics und melde ihm, ein Wunder sei geschehen. Wenn du dies versäumst, würden dich die Ungläubigen wegen des Reiches verfluchen, denn ihre tauben Ohren haben nicht die himmlische Rede vernommen und ihre mit Star behafteten Augen nicht das Wunder gesehen. Sie werden glauben, du seist ein Dieb, wo du doch mein Liebster bist, wenn ich habe mich wegen deiner Armut deiner erbarmt und mich deiner Frömmigkeit gefreut; deshalb habe ich dir zuliebe ein Wunder getan.“ Der Vonzenträger küßte der „Wunderwürdigen Jungfrau“ die Hand und eilte dankstammend zu dem greisen Patriarchen Austrauberowics, um ihm das Wunder zu erzählen. Der Patriarch rief auf der Stelle die Kirchenhäupter zusammen.

„Dummeheit!“ fuhr zornig der König auf, der Patriarch weiß ebenjogar wie wir, daß der Soldat den Dieb gestohlen hat.“

Der Polizeiminister zuckte die Schultern.

„Es ist möglich. Aber, er berät sich auch jetzt noch mit seinen Rätefern und hat mir bis dahin auf die Seele gebunden, dem Soldaten solle ja nichts zu Leide geschehen; den Dieb aber wagen wir nicht hinwegzunehmen, denn wenn er ihn wirklich von der „Wunderwürdigen Jungfrau“ bekommen hat, begeben wir mit der Gewalttätigkeit eine große Sünde. Sobald die Priester die Beratung beendet haben, wird sich der Patriarch bei dir melden, um dir das Ergebnis mitzuteilen.“

Der König antwortete nicht, nervös klopfte er auf den Tisch. Nach einer ein paar Momente anhaltenden, fürchterlichen Stille jagte er nur soviel:

„Bringe den Soldaten her, ich will mit ihm sprechen!“

Was zwischen dem König und dem Soldaten gesprochen ist, dieses Geheimnis. Ihr Gespräch hörte niemand, denn der König verperrte sämtliche Türen, verhängte sämtliche Fenster, die Schlüssel-löcher verstopfte er mit Lötpapier. Das Gespräch war ein sehr langer und heftiger, denn der Patriarch Austrauberowics wartete schon eine halbe Stunde im Wohnzimmer und konnte nicht vor das Anlitz des Königs gelangen. Endlich, nach beinahe anderthalb Stunden, öffnete sich die Tür und der König übergab dem Soldaten persönlich dem Polizeiminister und dem Stadthauptmann, damit sie bis zum neuerlichen Befehl mit ihm draußen warteten. Alle blickten den Soldaten an, alle betragten den Soldaten, aber der Soldat schweig und sein gleichmütiges, gleichgültiges Gesicht verriet nichts.

„Er ist kein gewöhnlicher Gauner.“ sagte der Polizeiminister leise und der Stadthauptmann gab ihm noch leiser recht.

Inzwischen richtete drinnen der greise Patriarch Austrauberowics folgende Rede an den König, der sich im Verhältnis zu dem großen Schläge ziemlich heiter fühlte.

„Durchlauchtigster Herr! Nach nüchternen und ernster Erwägung haben wir beschlossen, die Entscheidung in dieser äußerst heißen Angelegenheit dir zu überlassen. Auch du wirst empfinden, daß hier von keiner alltäglichen Sache die Rede ist. Dürfen wir bezweifeln, daß wirklich ein Wunder geschah? Sollen wir Wigen strafen die „Wunderwürdige Jungfrau“ welche diesen Soldaten geradewegs an mich wies? Dürfen wir es sagen, daß dies nicht wahr ist? Das Volk beginnt ohnehin schon zu zweifeln, die Sitten werden immer schlimmer und schlimmer, es bedrückt schon kaum jemand die Kirchen; was geschieht dann, wenn wir selbst auch noch bei der Verstärkung behilflich sein werden? Aus verschiedenen Gründen wäre es vernünftig und nützlich, sich darin zu finden, daß schon so vielen Jahren wieder ein Wunder geschehen sei — sagen wir — um neuerliche Mißbräuche zu verhindern — das letzte Wunder... Andererseits aber wissen wir sehr gut, daß man die unverschämte Entwendung des hunderttausend Denare werten Reiches nicht wortlos dulden kann. Die finanziellen Verhältnisse des Landes sind ohnehin die schlechtesten, wir können nicht hunderttausend Denare einem Dieb schenken, welcher...“

„Von einem Dieb sprichst du, Patriarch Austrauberowics?“ fragte der König. „Hier gibt es keinen Dieb...“

Dem Patriarchen schwindelte es:

„Durchlauchtigster Herr... du glaubst... du glaubst...“

„Ich glaube, Patriarch Austrauberowics, daß das Wunder wirklich geschah, so wie es der Soldat erzählt hat...“

Der Patriarch streichelte seinen weißen Bart.

„Ich freue mich sehr, durchlauchtigster Herr.“ sagte er, immerhin mit gewissem Zögern, „daß du die Sache so zu Gunsten der Kirche entschieden hast. Dies wird von unermesslichem Nutzen sein, was wahrlich hunderttausend Denare überwiegt. Doch wenn ich demgegenüber die ebenen Verhältnisse des Landes betrachte, die hoffnungslose finanzielle Situation, wünsche ich als guter Patriot beinahe das Wunder als nicht geschehen und daß der Soldat als gewöhnlicher Dieb...“

„Nein, nein.“ fiel der König ein, „bleiben wir nur bei dem Wunder. Was aber die ebenen Verhältnisse des Landes betrifft, so habe ich begründete Hoffnung darauf, daß sich dies eins, zwei ausgiebig ändern werde... die finanziellen Verhältnisse in Ordnung kommen...“

„Durchlauchtigster Herr... hast du vielleicht einen Haupttreffer gemacht?“ stotterte der Patriarch.

„Mein Alter.“ sagte der König, „ich habe die Sache viel einfacher gelöst. Den Soldaten, der ein äußerst kluger, talentierter, erfinderischer und zuvorkommender Mann zu sein scheint, ernannte ich zu meinem Finanzminister.“

— d e ! —

den, gehen wir... es ist unmöglich, auch nur für wenige Tage die Entwicklung voranzuführen. Jedenfalls werden in den drei beteiligten Staaten Bulgarien, Serbien und Griechenland eifrig Rüstungen für eine kriegerische Auseinandersetzung getroffen. Und die Elze, mit der die Bulgaren den Vorlieben die weitere Abmachung mit der Türkei angefügt haben, daß die Streitkräfte beider Staaten sofort von der Isthmushalbinsel zurückgezogen werden, ist ein Teil dieser Rüstungen — die bulgarischen Truppen sollen für den Krieg gegen Serbien und Griechenland freigestellt werden.

## Frankreich.

### Auf der Suche nach Schuldigen.

Die französische Regierung glaubt oder will glauben machen, daß die fortwährenden Soldatenmanifestationen das Werk geheimer Organisationen sind. Und weil die Gewerkschaften seit zehn Jahren sogenannte „Sou du Soldat“, Kassen, aus denen die beim Militär stehenden Mitglieder unterstützt werden, unterhalten, will man in ihnen die Organisatoren der Soldatenmanifestationen sehen. Wie schlecht die Polizei von ihren Spitzeln bedient wird, beweisen die heute früh ausgeführten Einbrüche und Hausdurchsuchungen. Denn die Polizei hat gewöhnlich das gehausucht oder ist einfach eingebrochen, wo nichts zu finden ist. Denn die Unterstellungen werden nicht von der Konföderation oder den Gewerkschaftsleitungen veranlaßt, sondern von den Syndikaten und Zahlstellen. Was beschlagnahmt wurde, waren Flugblätter, die sich an Mitglieder und Unorganisierte richten oder solche, wie man sie in jeder Buchhandlung kaufen kann. Daß auch nicht der Anfang eines Beweises vorliegt, zeigt die Tatsache, daß nicht eine einzige Verhaftung vorgenommen wurde. Diese Beschlagnahme von Druckschriften wird die Agitation gegen die dreijährige Dienstzeit ebensowenig behindern, wie die Strafen die Manifestationen der Soldaten nicht verhindern werden. Wenn die Polizei Verantwortliche für die Soldatenmanifestationen finden will, dann mag sie im Kriegsministerium suchen.

Die Regierung stellt sich angesichts der Soldatenmanifestationen so, als ob sie den Charakter des französischen Soldaten und des Kasernenlebens völlig ignorierte. Das französische Kasernenleben hat seinen eigenen Jargon und seine eigenen Sitten. Diese Sitten beruhen in der Hauptsache auf einer lärmlosen Offenheit und auf der freiwilligen Unterordnung unter die Intelligenz. Jeder Charakter, selbst der Gefreite, hat in der französischen Armee das Recht, Arreststrafen zu verhängen. Trotzdem wird ein Unteroffizier sich nur Gehorsam erzwingen, wenn er die Soldaten von der Notwendigkeit des gegebenen Befehls zu überzeugen vermag. Natürlich würden Soldaten, wenn sie wegen Gehorsamsverweigerung zur Anzeige gebracht wären, schwer bestraft werden. Aber zu einer solchen Anzeige wird ein Unteroffizier nur in den äußersten Fällen greifen und eher selbst eine Strafe wegen Nichtausführung eines erhaltenen Befehls auf sich nehmen. Denn der Denunziant ist in der französischen Kaserne der einzige, der Prügel bekommt. Prügeln von Untergeordneten oder Brutalisierung der „jungen“ durch die „alten“ Mannschaft, wie das noch in der deutschen Armee vorkommt, gibt es in der französischen Armee nicht. Es würde sich auch kein Soldat prügeln lassen. Dagegen ist der französische Soldat mit ebensolcher Hingebung wie Ausdauer bei wirklich kriegerischen Manövern, wobei das in ihm ausgeprägte Solidaritätsgefühl ein mächtiger Hebel ist.

Der französische Soldat weiß sehr wohl, daß er im zweiten Dienstjahr nur wiederholt, was er im ersten getan hat und daß ein drittes Dienstjahr nur nutzlose Zeitvergeudung ist. Und dieser Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daran werden ihn weder Gefängnisstrafen hindern, noch gar Hausdurchsuchungen und Einbrüche in den Gewerkschaftsbureaus. Und die „antimilitaristische“ Agitation der Gewerkschaften, die mit der dreijährigen Dienstzeit nichts zu tun hat, wird so lange dauern, so lange man Militär zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ und zum Streikbruch verwenden wird.

## Österreich-Ungarn.

### Selbstmord eines Generalstabschefs, der sein Vaterland an Rußland verriet!

Der Generalstabschef Redl hat sich erschossen. Die Ursachen des Selbstmordes sind aufgeklärt. Redl war der Spionage zugunsten Rußlands überführt und zwar der Spionage in einem Umfange und solcher Gefährlichkeit, wie sie in der Geschichte des Kurzbüchlerdienstes einzigartig dasteht. Die Untersuchung hat ergeben, daß Redl seine einflussreichen Stellungen im Generalstab seit vierzehn Jahren zum Landesverrat mißbraucht hat. Man nimmt an, daß Redl als junger Offizier sich durch den ersten Berater eines militärischen Geheimnisses aus einer Geldklemme gerettet hat und später nicht mehr loskommen konnte. Er war immer wieder den Drohungen und Erpressungen seiner ausländischen Vertrauensmänner unterworfen, wenn er nicht dem Goldregen erlag, der sich über ihn ergoß. Seine enormen Ausgaben standen in keinem Verhältnis zu seinen Einnahmen. Man schätzt seine jährlichen Ausgaben auf 100 000 bis 150 000 Kronen (85 000 bis 127 500 Mark). Kein Mensch hegte aber den Verdacht, daß der Generalstabschef eines Korps, der noch zu den höchsten militärischen Stellen berufen schien, ein Spion sein könnte. Die Entdeckung des Verbrechens erfolgte denn auch erst während der letzten schweren Krisis. Es wurden damals vor der Mission Hohenlohes nach Galizien verschiedene wichtige neue Formationen und Truppenbewegungen vorgenommen, die merkwürdigerweise immer wieder russischerseits prompt mit den entsprechenden Gegenbewegungen beantwortet wurden. Es war sicher, daß der russische Generalstab nicht nur genaue Kenntnis von den geheimgehaltenen Truppenbewegungen und von den strategischen Zügen hatte, sondern ab und zu auch erst geplanten strategischen Manövern an der Grenze durch rascheste Information zuvorkommen konnte.

Zum Selbstmorde des Obersten Redl schreibt die Wiener Militärische Rundschau: Redl vollführte die Tat, als man im Begriff war, ihn folgender schwerer, nunmehr außer Zweifel gestellter Beschuldigungen zu überweisen: 1. homozykueler Verkehr, der ihn in finanzielle Schwierigkeiten brachte und 2. Verkauf dienstlicher Befehle reservierter Natur an Agenten einer fremden Macht.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Kirche hat einen guten Magen. Auf der Kreisynode der Kreisstadt II stellte der Synodale Dönges folgenden Antrag: „Die Kreisynode wolle beschließen, „as königliche Konsistorium zu ersuchen, bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig zu werden, daß aus nationalem Interesse das Vermögen der evangelischen Kirchengemeinden, soweit es nicht in den kirchlichen Zwecken dienenden Gebäuden und Grundstücken besteht, in gleicher Weise wie das Vermögen der Privatpersonen zur vaterländischen Wehrabgabe herangezogen wird.“ Oberhofprediger Dr. Andler sprach gegen den Antrag. Denn was ein rechter Gottesmann ist, der hält den Daumen fest auf dem Beutel! Diesmal wirkten seine gewichtigen Worte allerdings nicht; denn der Antrag wurde angenommen. Folgen wird das allerdings nicht haben; denn andere Synoden sind nicht so freigebig.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

#### Ein magistratisches Stiefkind.

Magistratisches Stiefkind gibt es in Danzig eine schwere Menge. Alles, was mit der minder honetten Bevölkerung nur entfernt in Verbindung steht, wird ja vom Magistrat mit anderem Maße gemessen, als dies bei Ehrlichungen geschieht, die im Interesse der „besseren“ Leute erforderlich sind. Nicht aus absichtlicher Parteilichkeit, Gott bewahre! — aber der Zufall will, daß der Magistrat stets knapp bei Kasse ist, sobald der Bruder Arbeiter etwas braucht. Die Stolzenberger wissen ein Lied von ihrer Wasser-versorgung, die Schildbürger von ihrem Brausebad zu singen. Aber das sind nur Kleinigkeiten, gegen die andern Unterlassungsünden des Magistrats auf dem Gebiete der Wohnungshygiene. Wenn Danzig in der Säuglingssterblichkeit über dem Durchschnitt der preußischen Großstädte steht — und das trotz seiner Lage an der See! — so ist der Magistrat an dieser Tatsache nicht ohne Schuld. Was hat er getan, um die Höhlen und Schmutzwinkel der Altstadt zu beseitigen? Wollte man ihm jedoch hier miserablen Umständen bewilligen, so kam man dies in anderen Fällen nicht. Da gibt es Straßen, die erst vor zehn, fünfzehn oder fünfundsiebzig Jahren ausgebaut wurden und die dennoch den ganzen Jammer des Mietskasernenbaues wiederpiegeln. Man sehe sich einmal die Wohnhäuser der Riederstadt an. Einerlei, ob in der Hirsch- oder Straußgasse, der Barbaragasse oder sonstwo: überall ist der kapitalistische Profitmacherei zuliebe das gesunde heilsame Prinzip mit Füßen getreten. Man fragt sich vergeblich, wie diese Anlage von Hinterhäusern, wie diese engen Treppen und Sture genehmigt werden konnten. Karnikel können schließlich auch nicht viel enger bei einander hausen als hier die Menschen es müssen. Jetzt fällt der diesen Stadteil beengende Wallgürtel. Und sofort legt die Privatpekulation ein. Auf Langgärtchen will die Firma Berghold das Gelände der ehemaligen Kommandantur bebauen. Der Magistrat beantragte in der letzten Stadtverordnetenversammlung, diese möchte zustimmen, daß für eine neue Straße durch das Grundstück Langgarten Blatt 1 die Fluchtlinie festgesetzt wird.

Die neue Straße wird auf Kosten der Firma Gebr. Berghold als Unternehmerin als öffentliche, für den Verkehr und Anbau bestimmte Straße ausgebaut und demnächst von der Stadt in städtische Unterhaltung übernommen.

Die Firma Gebr. Berghold hat die Grundstücke Langgarten Blatt 1 und Niederstadt Blatt 363 erworben; sie beabsichtigt, diese Grundstücke durch eine neue Straße zu erschließen und zu bebauen. Die Straße soll eine Breite von 13 Meter erhalten und soll mit Kleinpflaster auf Schotterbahn, die Bürgersteige mit Kunstgranitfliesen versehen werden. Die Kosten des Ausbaues trägt die Unternehmerin. Die Baudeputation hat dem Projekt zugestimmt.

Um es richtig zu würdigen, muß man sich vor Augen halten, daß hier ein Park mit alten Bäumen vernichtet werden soll, der sich geradezu als in idealer Weise als Kinderplatz eignen würde und daß die Niederstadt einen Kinderplatz nötig wie ein Stückchen Brot braucht. Was statt dessen „geschaffen“ werden soll, möge man aus den Ausführungen eines bürgerlichen Mannes ersehen:

Stadtverordneter Bauer wies darauf hin, daß die Straße so lang ist, daß an ihr mindestens 30 Häuser liegen werden. Es ist wohl anzunehmen, daß dort 200 Familien wohnen werden. Um so mehr ist dort die Forderung eines Spielplatzes berechtigt. Nach dem Bebauungsplan ist das Terrain völlig ausgenutzt, was als Hof übrig bleibt, sind höchstens Zufriedenheiten. Die moderne Bebauung verlangt einen Spielplatz. Danzig hat in seinen alten Vierteln leider diese Forderung nicht erfüllt, muß daher in seinen neuen um so mehr darauf achten. Man möge einen Spielplatz von mindestens 1500 Quadratmetern vorsehen.

Gegenüber diesen Ausführungen war das, was der Oberbürgermeister vorbrachte, eitel Verlegenheitsgestammel. Herr Scholz gab zu, daß der Spielplatz nötig sei. Aber das Grundstück koste 150 000 Mark. Zwar habe ein Mitbürger 50 000 Mark für den Fall gestiftet, daß die Stadt das Terrain erwerbe. Das werde aber nicht möglich sein, denn die Stadt wolle vor dem Langgärtner Tor ein umfangreiches Gelände vom Bebauen frei halten. Da könne sie hier kein Geld ausgeben. Vielleicht ließen sich die für Vorgärten in Aussicht genommenen 450 Quadratmeter als Spielplatz festlegen.

Die alte Weise! Wir hörten sie, wie gesagt, schon oft, ohne daß sie uns darum besser gefallen könnte. Also 150 000 oder selbst 100 000 Mark sind der Stadt zuviel. Ist denn aber vor der Entscheidung über den Abbruch der Umwallung das Grundstück ebenso teuer gewesen? Es müßte seltsam zugehen, wenn das Gelände nicht seit dieser Entscheidung um 100 Prozent im Preise gefallen wäre. Warum hat der Magistrat nicht bei Zeiten zugegriffen und sich das Grundstück gesichert, Herr Oberbürgermeister? Bei übertriebenen Forderungen des Besitzers steht der Stadt doch das Expropriationsrecht zur Seite, nicht wahr? — Die freien Flächen vor dem Langgärtner Tor sind ein sehr magerer Trost. Einmal liegen sie noch ein Stück weiter nach der Peripherie der Stadt zu und will der Magistrat hier einen Park anlegen — etwas, wozu Herr Scholz übrigens nichts verstanden ließ — dann dauert es fünfzig Jahre, bis etwas Geheites zustande kommt. Warum also nicht lieber diesen Park erhalten und jenes Terrain vor dem Langgärtner Tor etwas kleiner bemessen? Doch bei der Anlage der neuen Straße wieder der Raum in äußerster Weise „ausgenutzt“ wird, geht schon aus der geringen Breite — 13 Meter — hervor. Wenn davon auf jeder Seite nur zwei Meter für den Bürgersteig abgehen, dann bleiben für den Fahrdamm ganze neun Meter. Das ist herzlich wenig.

Die Stadtverordnetenversammlung hat das Projekt genehmigt und so ist, wenn nicht noch in letzter Stunde ein günstiges Geschick das verhindert, der alte Park der Art verfallen. Aber die öffentliche Meinung wird die Augen offen halten müssen. Sie wird ihrer ganzen Kraft bedürfen, um zu verhindern, daß nicht in der Riederstadt zu den alten Wohnungssünden des Magistrats neue gesät werden. Noch sind die näheren Einzelheiten der Bebauungspläne des ehemaligen Festungsgeländes nicht bekannt geworden. Jedes tut man gut, dem Magistrat in dieser Angelegenheit das größte Mißtrauen entgegen zu bringen. Beweist doch der eben besprochene Fall, daß die Wohnungshygiene noch immer ein magistratisches Stiefkind ist. Wie lange noch?

#### Schwindelmeier bei der Arbeit.

Bei der Arbeitslosendemonstration in Breslau, über die wir im politischen Teil berichten, hat ein Bäckergehilfe einige Schüsse abgegeben. Wie neulich der Zinglischer in München zum Anarchisten gestempelt wurde, so wird der Dummenjungenstreich dieses Menschen flugs der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben und aus der sonst völlig friedlich verlaufenen Demonstration wird ein sozialdemokratischer Krawall. Die Danziger Allgemeine Zeitung schreibt:

Sozialdemokratischer Krawall.  
Schüsse auf Polizei in Breslau.

In einer gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus in Breslau abgehaltenen Massenversammlung von Arbeitslosen wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Arbeiten der Studien-

kommission über die Arbeitslosigkeit zu beschleunigen und 200 000 Mark zur Vinderung der augenblicklichen Not auszuwerfen. Dann zogen etwa sechshundert Demonstranten vor das Rathaus. Als die Polizei die Menge auseinandertrieb, gab ein Mann mehrere Schüsse auf die Polizeibeamten ab, von denen einer das Pferd eines Polizeikommissars verletzte. Der Täter, ein Bäckergehilfe wurde verhaftet; er heißt Johann Smietana und ist, wie er angibt, nicht fleißig. Auch noch andere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Flüchtigen haben kurze Bekne und die Volksfeinde werden nicht lange mit „sozialdemokratischem Krawall“ freiben gehen. Hören wir den amtlichen Polizeibericht:

„Der Revolvergeschützte, der vier Schüsse, zwei auf Kommissar Thiele, zwei auf den Kommandeur Ewald, abgegeben hat, ist, wie nunmehr festgestellt wurde, der Bäckergehilfe Johann Smietana, der bei einem Bäckermeister in der Sandvorstadt in Stellung war, also nicht zu den Arbeitslosen gehörte. Nach seinen eigenen Angaben gehört er auch keiner sozialdemokratischen Verbindung an, ist vielmehr Mitglied eines Verbandes „Germania“. Er war Donnerstag nachmittag, zu der Zeit, wo sich Arbeitslose ansammelten, im Stadthauskeller und hat dort einige Glas Bier getrunken. Als er aus dem Keller heraufkam, habe er beobachtet, wie Schutzleute die Volksmenge auseinandertrieben und wie ein Mann von einem Schutzmann festgenommen wurde. Das habe ihn veranlaßt, seinen Schreie abzugeben. Als daraufhin der berittene Kommissar auf ihn zugeritten gekommen sei, habe er nach dessen Herbe geschossen. Ebenso seien seine Schüsse auf das Pferd des Kommandeurs gerichtet gewesen, als dieser herangeprangelt kam. Augenzeugen behaupten wiederum gegenständig, Smietana habe die Schusswaffe nach oben gerichtet. Diese ist ein sechsäußiger Revolver älterer Art.“

Wir haben es also in dem jungen Manne, der die aufregenden Schüsse abgegeben hat, mit einem arbeitswilligen, meistertreuen Bäckergehilfen zu tun, der, wie uns aus dem Bureau des Bäckerverbandes mitgeteilt wird, gewerkschaftlich nicht organisiert ist und am Streik der Bäckergehilfen nicht beteiligt war. Smietana hat in Breslau auf der Groshengasse gelernt und arbeitet jetzt seit vier Wochen beim Bäckermeister Wöhner, der die Forderungen der streikenden Bäckergehilfen nicht bewilligte. Es war so schon gewesen, aber es ist halt wieder nie, verehrte Allgemeine!

#### Weil sie ihr Kind nicht ernähren konnte.

— Weh' dem Geschlecht

Der Zwerglein, die sich brüsten und die thronen!  
Im Finstern wimmelt's ohne Brot und Recht  
Von Millionen.

Diese Worte Sallets setze Herwegh den Gedächtnis vor, in welchen er das Leid des armen Jakob und der kranken Use sang. Und obwohl ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Bewegung manches zum Besseren wandte, kommt es immer noch vor, daß eine Mutter für ihr Kind kein Brot hat. Wir berichteten über den Leichenfund in der Madaune. In der Toten ist nunmehr ein 19 Jahre altes Mädchen aus Schiditz ermittelt worden. Die Bestattung wurde bei ihrer Mutter und schlug sich rechtlich durchs Leben. Sie war Mutter eines unehelichen Kindes und ihr Verdienst reichte nicht aus, um Mutter und Kind zu ernähren. Am 10. Dezember vorigen Jahres ist die Verzweifelte in die Madaune gesprungen, deren Flut sie mehr als fünf Monate festhielt. Ist ein solches Schicksal nicht entsetzlich? Mit neunzehn Jahren in den Tod! Mit dem Leben fertig, wenn für die Töchter der Bourgeoisie der Maientraum der Jugend beginnt! Aber was blieb der Werkslaffener weiter übrig? Da hörten wir jüngst, daß in das Danziger Gefängnis zwei Mädchen eingeliefert wurden. „Unnatürliche Mütter“ schimpfte die bürgerliche Presse sie, denn der Verdacht des Kindesmordes ruht auf den Weibern. Wenige Tage nach der Verhaftung fand vor der Strafkammer die erste Serie der Lewyprozesse statt, drei Mädchen und eine Frau mußten sich wegen Verwahrens gegen das reumende Leben verantworten. Zur Abwechslung hieß es diesmal: „Opfer eines verbrecherischen Arztes,“ dem Schmod mußte ja zeigen, daß er mit dem im Gefängnis seiner Aburteilung harrenden Doktor Lewy keine Gemeinschaft mehr habe. Fliesen indes nicht alle diese Verbrechen aus einer Quelle? Solange die uneheliche Mutterschaft als eine Schande gilt, solange das Volk sich Sorg und Mühe erbeteln muß, solange das goldene Kalb auch von den Männern der Wissenschaft angebetet wird, solange sind Kindesmorde und Verbrechen gegen das werdende Kind nicht auszurotten. Und ebensowenig Ärzte wie Lewy und Verzweiflungsstaten wie die der Unglücklichen aus Schiditz. Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind alle diese Menschen miteinander. Und die heute den Mann schmähen, der die Zeit damit herum bringt, daß er in seiner Zelle mit sich selber Schach spielt, leisten ihm vielleicht morgen Gesellschaft. Kommen möglicherweise dann auch zur Erkenntnis, daß der Sozialismus recht habe, wenn er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bekämpft und damit die Quelle des Mammionismus und des Verbrechens verstopfen will.

Ein Sieg  
der deutschen Industrie!

LUPA  
Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Cigarettenfabrik  
Hugo Zietz  
Königs v. Sachsen



Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Deutscher Reichstag.

### Staatsangehörigkeitsgesetz und Ausnahmevorlage.

Um von vornherein allen Illusionen den Boden zu entziehen: kein einziger der sozialdemokratischen Änderungsanträge zur Verbesserung der Gesetzesvorlage über die Reichs- und Staatsangehörigkeit ist angenommen worden. Die Berechtigung, ja die Notwendigkeit unserer Anträge mochte noch so klar zutage liegen, sie mochte von unseren Rednern noch so einleuchtend und sachkundig begründet werden — die blaue schwarze Rechte, unterstützt durch die meisten Nationalliberalen und gelegentlich auch durch vereinzelte Fortschrittler, lehnte einen Antrag nach dem andern ab. In einem einzigen gestaltete sich die dreitägige Verhandlung wie folgt. Am 28. Mai ließ zunächst Herr v. Bethmann dem Reichstag sagen, er sei Ende der Woche bereit, die sozialdemokratische Interpellation wegen der den Reichsständen drohenden Einschränkung des Vereins- und Pressegesetzes zu beantworten. Sodann wurde in die zweite Lesung des Staatsangehörigkeitsgesetzes eingetreten. Genosse Landsberg unterzog in recht anschaulichen Darlegungen sowohl den Regierungsentwurf wie auch die von der Kommission beschlossenen Änderungen, die zum Teil erhebliche Verschlechterungen gegen den Regierungsentwurf darstellen, einer gründlichen Kritik. So sollen die Bundesstaaten in der Erteilung des Staatsbürgerrechts nicht mehr souverän sein, andere Bundesstaaten können Einspruch erheben; im Streitfalle entscheidet dann der Bundesrat. Mit dieser Bestimmung kann z. B. gegen politisch missliebige Personen in bestimmten Fällen die Einbürgerung verweigert werden. Das ist eine für die rechtlich schädlichen Lücke vorgegangen werden. Das eine alle bürgerlichen Parteien die Gleichberechtigung der Frauen abgelehnt haben, muß besonders im Auge behalten werden. Auch in Zukunft soll die deutsche Frau, die einen Ausländer heiratet, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, um die Einheit der Familie zu gewährleisten. Mit Recht betonte Landsberg, logischerweise müsse dann auch gefordert werden, daß die Frau sich nach der Verheiratung auch zum religiösen Bekenntnis des Mannes zu bekennen habe. Nur wenn eine deutsche Frau einen Staatenlosen heiratet, bleibt sie Deutsche. Die bürgerlichen Parteien lehnten auch ab, eine Erleichterung zu schaffen, wenn Deutsche in anderen deutschen Bundesstaaten die Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Das ist heute schon zulässig, in der Praxis werden aber vielfach enorme Schwierigkeiten gemacht, besonders in der Zeit vor den Wahlen. Wenn nun gar, wie die Regierung es wünscht, jeder Deutsche im Besitze eines Ausweises über seine Staatsangehörigkeit sein soll, können wir mit der Zeit recht angenehme Dinge erleben. Auch das Bestreben unserer Genossen, einwandfreien Ausländern die Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern, scheiterte an den bürgerlichen Parteien, obgleich es doch einfach sinnlos ist, den in Deutschland geborenen und erzogenen Ausländern die Erwerbung des Staatsbürgerrechts zu erschweren oder zu verweigern. Gerade gegenüber diesen Heimatlosen — und deren Zahl ist ziemlich groß — sollte ein Kulturstaat mit der größten Milde verfahren. Abgesehen von Rußland tut das auch jeder große europäische Staat. In Preußen aber werden die Heimatlosen vielfach ausgewiesen, wenn sie zur Einbürgerung schreiben wollen. Das ist eine Barbarei. Die Erteilung des Staatsbürgerrechts von dem religiösen Bekenntnis abhängig zu machen, ist Kulturkriminalität. Die Verbesserung, daß die unmittelbare Staatsangehörigkeit erworben werden kann, beantragten sogar die Antifemiten wieder zu streichen, während doch umgekehrt die Fortbildung gerade der unmittelbaren Staatsangehörigkeit dringend geboten ist.

Wie der Zentrumsmann Welz erklärte, wollen die bürgerlichen Parteien deshalb den Ausländern Schwierigkeiten bereiten, um zu verhindern, daß galizische Hausierer und mittellose russische Arbeiter naturalisiert werden. Die letzteren sind aber unsere Agrarier gut genug dazu, ihnen die Felder zu bestellen oder in der Industrie als Streikbrecher verwendet zu werden. Weil sie eben als Ausländer politisch rechtlos sind und sich allen Polizeischikanen unterwerfen müssen, wollen sie nicht sofort auf den Schub gebracht werden, darum sind sie als Ausländer sehr beliebt. Weil einzelne Bundesstaaten nicht die rigorose preussische und sächsische Praxis bei der Naturalisation üben, soll ihnen fortan ein Kegel vorgeschoben werden. Und diese Maßregeln werden dann „Schutz des Deutschtums“ genannt, wobei es die Herrschaften nicht geniert, daß sie deutschen Frauen die Staatsangehörigkeit bei der Verheiratung mit einem Ausländer rauben!

Der Antrag der Antifemiten wurde abgelehnt. Wie am Tage vorher, gaben sich auch am 29. Mai unsere Genossen die erdenklichste Mühe, in das Staatsangehörigkeitsgesetz vernünftige Bestimmungen hineinzubringen, um den Frauen und den in Deutschland wohnenden Ausländern gerecht zu werden, wie auch, um überhaupt die Erwerbung der Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Aber so viel Argumente die Genossen Bernstein, Molkenbühr, Brühne, Quark, Sachse und Landsberg auch beibringen mochten, es war alles vergeblich. Die bürgerlichen Parteien stimmten alle Verbesserungsanträge nieder. Ihr Wille stand so fest, daß die Regierung es gar nicht einmal für nötig erachtete, die angeforderten Bestimmungen zu verteidigen. Auch die Parteien beteiligten eine auffallende Abstimmungslosigkeit in Betracht kam. Besonders bemerkt zu werden verdient, daß der christliche Arbeiterführer Becker (Arnsberg) sich zum Verteidiger der Ausweisungspraxis preussischer Polizeibehörden aufwarf, obgleich er selbst zugeben mußte, daß ausländische Arbeiter deshalb ausgewiesen worden sind, weil sie sich gewerkschaftlich betätigt hatten. Daß Becker die ausländischen Arbeiter beschuldigte, sie hätten zuerst zum Streik und tröchen auch zuerst zu Kreuzen, sei auch noch notiert. Wo und wann haben die Christlichen bei Streiks sonderliche Ausdauer und Mut bewiesen? In seltenen Ausnahmen nur dann, wenn ihnen gar keine andere Wahl mehr blieb, als auszuharren.

Am 30. Mai wurde nach Erledigung einer kurzen Anfrage über die Vereinbarungen zwischen der Türkei, Deutschland und England wegen der Bagdadbahn die Beratung des Staatsangehörigkeitsgesetzes zu Ende geführt. Wieder wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Zur Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die von der reichsständischen Regierung beim Bundesrat beantragten Ausnahmebestimmungen war der Reichskanzler selbst erschienen. Genosse Emme ging mit dem Nachwerk der reichsständischen Regierung, dessen Existenz und Inhalt dank einer Indiskretion durch Pariser Blätter erst in Deutschland bekannt geworden ist, gründlich ins Gericht. Wie stark sind denn in den Reichsständen die Nationalisten, deren demagogisches Treiben angeblich allein durch die gewünschten Ausnahmebestimmungen getroffen werden soll? Sie erhielten bei den Landtagswahlen 1911 rund 3000 Stimmen, mit dem eussischen Zentrum zusammen ganze 9000 Stimmen. Bei der letzten Reichstagswahl traten die Nationalisten

gar nicht selbständig auf. Selbst die reichsständische Regierung hat sie nur als eine vorläufige kleine Gruppe bezeichnet. Genosse Emmel traf den Nagel auf den Kopf, als er erklärte, es heiße das gesamte deutsche Volk grüßlich lächerlich, wenn man ihm vorzumachen verheißt, der Umfang der immer mehr zusammenwachsenden nationalpolitischen Bewegung stelle eine politische Gefahr dar. Und nicht minder gefährlich war der Hinweis Emmels, daß die altpreußischen Hurra-patrioten und die Nationalisten durch die gegenseitige Hetze sich das Leben verlängern; ohne die Tätigkeit der einen wären die andern lahmgelagert. Die beantragten Ausnahmebestimmungen werden nur die ganz selbstverständliche Wirkung haben, die nationalpolitische Bewegung erstarken zu lassen; der Demagoge Wetterlé wird die Regierung und das Parlament segnen, die ihm ein so prachtvolles Agitationsmittel in die Hand geben. Emmel führte eine Anzahl nationalpolitischer Presstituten an, die der Regierung zur Begründung ihres Vorgehens dienen müssen. Diese Presstituten sind durchgängig geschmacklos und demagogisch, aber gefährlich sind sie nicht, ebensowenig die als Beweismittel von der Regierung mißbrauchten Vereine. Unser Genosse konnte der reichsständischen Regierung nachweisen, daß sie sehr vernünftig will, was sie selbst ins Leben gerufen und gepflegt hat, und daß sie politisch und taktisch ein ziemlich gesundes Maß von Ungeheuerlichkeit und Tapflichkeit an den Tag gelegt hat. Diese Beweisführung machte im ganzen ein ziemliches Eindringen; der Kanzler und Herr Delbrück tauschten kopfschüttelnd Bemerkungen miteinander aus, während der reichsständische Unterstaatssekretär Mandel unterdessen fröhliche Heiterkeit nimmte.

Weniger heiter war der Anzler gestimmt. Durch die vorzeitige Veröffentlichung der reichsständischen Absichten ist die ganze Opposition in den Reichsständen eine ziemlich allgemeine und heftige ist. Man konnte sich während der Kanzlerrede des Eindrucks nicht erwehren, daß Herr v. Bethmann gern gesagt hätte: ich danke den Sozialdemokraten, daß sie mir Gelegenheit gegeben haben, den Anträgen der schaffottingischen Regierung eine leidliche Grabrede halten zu können. Natürlich mußte der Kanzler das Vorgehen der Regierung als richtig bezeichnen. Und — so fauer es ihm auch ankam — er mußte wohl oder übel auch versuchen, durch Besprechung einzelner Erscheinungen in den Reichsständen die Berechtigung des Vorgehens der Regierung wenigstens als verständlich erscheinen zu lassen. Aber — des Kanzlers Vertrauen in die politische Entwicklung der reichsständischen Bevölkerung ist nicht geschwunden, wie er den Konservativen recht einbringlich zu Gemüte führte.

Das Zentrum ließ durch den Abgeordneten Fehrenbach erklären, daß es für Ausnahmebestimmungen nicht zu haben ist, während Dr. Hertel dafür ist.

Am 31. Mai spielten sich die Schlußszenen bei dem Begräbnis des toten Reichsregierungsministers — denn, daß aus diesem Ausnahmegesetz nichts wird, speifen die Spähen von den Dächern — Ausnahmebestimmungen ab. Auch der Reichskanzler erschien nur auf wenige Minuten und überließ Herrn Mandel die Bestattung der Leiche. Abgesehen von dem Reichsparteiler Schulz waren alle Redner des Hauses in der Ablehnung der Vorlage einig. Selbst Herr v. Callé, ein nationalliberaler Professor, ist nicht für sie zu haben. Seitens unserer Fraktion sprach an diesem Tage Dr. Weill, der Vertreter für Stralsburg. Um 4 1/2 Uhr nachmittags wurde die Debatte geschlossen und das hohe Haus vertagte sich bis zum 9. Juni, um den „Staatsverhaltenden“ Parteien Gelegenheit zum Ruhhandel in der Wehrvorlage zu geben.

## Aus Westpreußen.

### Danzig.

#### An die Parteigenossen in Westpreußen!

Der 7. Kursus der Parteischule beginnt am 1. Oktober dieses Jahres. Genossen, die daran teilnehmen wollen, haben sich an ihre Organisation zu wenden. Der Provinzvorstand muß bis zum 1. Juni im Besitze der Vorschläge der Kreisorganisationen sein. Spätere Bewerbungen können keine Berücksichtigung finden. Jeder Bewerber hat einen eigenhändig geschriebenen Lebenslauf dem Vorstand seiner Organisation rechtzeitig einzureichen. Der Provinzvorstand.

#### Danziger Jugendbewegung.

Einen wohl gelungenen und von schönem Wetter begünstigten Ausflug nach der Rastbüchischen Schweiz unternahmen am Sonntag eine Anzahl Abonnenten der Arbeiter-Jugend. Arrangiert wurde der Ausflug vom Danziger Jugendausflug. 22 Abonnenten nahmen unter Führung des Genossen Gehl an der Wanderfahrt teil. Das ist allerdings keine große Teilnehmerzahl, sie wäre größer gewesen, wenn der Fahrpreis für die Teilnehmer noch billiger hätte gestaltet werden können. Unter den obwaltenden Umständen war es aber nur möglich, von den entstandenen Unkosten etwa die Hälfte auf die Jugendkasse zu übernehmen. 1,60 Mark können, dank unserer „herrlichen“ Wirtschaftsordnung, nur wenige für ein Eisenbahnbillet opfern. Das mag mit ein Grund gewesen sein, daß sich nicht mehr Jugendliche an dem schönen Ausflug beteiligen konnten. Und schön war er, das haben alle Teilnehmer freudig anerkannt.

Früh um 6 1/2 Uhr ging es mit der Bahn nach Karthaus. Zeigte uns schon die Fahrt eine herrliche, von der Natur reichlich bedachte Landschaft, so sollte die Fuhjour von Karthaus zum Turmberg den Teilnehmern noch manche kaum geahnten wunderschönen Sehenswürdigkeiten bieten.

Zunächst ging es zur Goullonhöhe, am Recklow-See, wo wir nach einem etwa 1 1/2 stündigen Marsch durch schöne Waldpartien anlangten. Nach Einnahme des Frühstückes ging es zur Präsidienhöhe, die wir in etwa einer halben Stunde erreichten. Sie befindet sich 220 Meter über dem Meerespiegel und gewährt einen großartigen Ausblick. Zu unseren Füßen breitet sich ein weites Talbecken aus, in welchem der Roldno-, der Weiße oder Biala- und der Recklow-See mit ihren klaren Wasserflächen unsern Blick fesseln. Das Tal ist von beträchtlichen, zum großen Teil waldbigen Höhen eingefaßt, die sich in einem lebendigen Blau an die Seen anschließen. Der Anblick dieser Naturschönheiten war gerade für jene Teilnehmer überwältigend, die noch niemals Gelegenheit hatten, solche oder ähnliche Panoramen zu bewundern. Eine einfache Waldschänke, die hier oben zu finden ist, sorgte, daß die durstigen Kehlen mit Sekt und Limonade besüßelt werden konnten. Nach einer kurzen Rast ging es wieder talwärts durch den Wald nach Recklow-See, um keinen Roldno-See. Von dort am großen Roldno-See entlang zum Königstein, wo wir um 2 Uhr eintrafen. Von hier aus — 245 Meter hoch — erschließt sich dem Wanderer eine romantische See- und Waldberg-Szenerie. Zu den Füßen liegt der Ostrosee. Ueber seine vielfach gebückte, weite Fläche ragen die bewaldeten Ufer nah und fern empor und gestalten sich

zu einer malerischen Fernsicht. Nach Süden hin tritt der Turmberg erst dunkel in die Erscheinung.

Nach Einnahme eines schlichten Mittagmahles machten wir uns auf den Weg zum Turmberg, den wir nach angelegentlichem zweistündigen Marsch kurz nach 4 Uhr erreichten. Hier im schattigen Garten des Gasthauses sorgte eine lebenswürdige Wirtin für die Pflege des leblichen Merkschen. Aber gar zu lange währte dieser angenehme und durchaus notwendig gewordene Aufenthalt nicht. Schon mahnte unser Führer: „Um Aufbruch auf den 331 Meter hohen Turmberg. Von hier aus hat man eine meilenweite Rundschau über das wellenförmige Hügelland, dessen Ortshäfen und Einzelheiten allerdings nur zu unterscheiden sind, wenn das Wetter klar ist.“

Der Turmberg ist die höchste Bodenerhebung vom Harz bis zum Ural und hinterläßt für jeden, der ihn bestiegen, schöne Erinnerungen zurück.

Mit dieser Bergbesteigung war das Ziel der munteren Teilmehrsahrt erreicht. Nunmehr ging es mit Gefang flott bergab zur Haltestelle Turmberg und von dort mit der Bahn nach Danzig zurück. Alle Teilnehmer haben den Marsch „gut“ überstanden und den Wunsch geäußert, bald mal wieder solche schönen Ausflüge zu veranstalten.

Der Feinde Gruß. Noch hat Genosse Leu, der zukünftige Parteisekretär für Danzig-Stadt und Land, nicht sein Zelt bei uns aufgeschlagen, und schon tröpfelt schwarzer Baiser auf seinen Pfad. Das Westpreussische Volksblatt drückt in einer seiner letzten Nummern die Notiz ab, in der wir von der Wahl Leus Mitteilung machten und legt ihr die höhnische Spitzmarke: „Der Mann seiner Frau als Parteisekretär“ vor. Damit soll natürlich der Eindruck erweckt werden, Genosse Leu wäre minderwertig und verdanke seine Wahl nur dem Ansehen, das sich seine Frau erworben hat. Dabei wollen die Schwarzen zum mindesten, daß in der sozialdemokratischen Partei bedeutend höhere Anforderungen an die Kenntnisse ihrer agitatorenfähigen Mitglieder gestellt werden, als es im Zentrum der Fall ist. Hätte nicht die Kommission die vollste Ueberzeugung gewonnen, daß Genosse Leu seiner Aufgabe gewachsen wäre, so hätte sie ihn selbstverständlich nicht gewählt. Wenn aber die Kommission bei der Gelegenheit ohne weitere Geldauswendungen noch eine rednerisch befähigte Genossin gewinnen konnte, so ist es zu verstehen, daß sie hierüber Genugtuung empfindet. Bel uns, die wir hier auf äußerstem Vorposten Woche halten, zählt jeder Kämpfer mit. Die Abneigung des Westpreussischen Volksblattes richtet sich also selber. Genosse Gehl muß sich gleichzeitig mit dem Genossen Leu Auseinandersetzungen des Westpreussischen Volksblattes gefallen lassen. Hoffentlich nimmt er sie nicht tragisch. „Kopft man saule Kullen, fängt man Flöh“ im Ueberfluß“ gilt heutzutage noch ebenso, wie zu den Zeiten Hutlens und Frundsbergs.

Sarrajani. Seit Freitag hat die weltberühmte Sarrajani-Schau ihre Riesenzelte auf dem Exerzierplatz am weißen Turm aufgeschlagen und alltäglich ergötzt sich eine förmliche Völkerverwanderung dorthin. Die Zellstadt der Sarrajani-Schau birgt eine Fülle der Wunder der Ingenieurkunst. Ganz besonders vornehm wirkt die orientalistisch-malerische Architektur der Prunkfassade, die allabendlich im Scheine von Tausenden von Glühlampen aufleuchtet. Direktor Stofsch-Sarrajani eröffnete die Vorstellungen mit vorzüglich gelungenen Freiheitsdressuren. Entzücken über Entzücken gab es hier für den Kenner, denn der Marstall Sarrajani verfügt über nicht weniger als 200 Exemplare der wertvollsten Tiere: Goldfische, Schemen, Tigerhengste, arabische Vollblüter, Trakehner Rappen usw. usw. Sodann folgen chinesische Gaukler, Jongleure und Zopfkärobaten in farbenprächtigsten Gewändern. Ganz besonders rühmend hervorzuheben sind auch die Araber, die als Springer und Pyramidenbauer wohl unübertroffen dastehen. Den kostbarsten Schatz der Sarrajani-Menagerie bilden die 16 Elefanten. Ein überwältigender Anblick, wie man ihn wohl niemals in Europa wiederfinden wird. Eine Karawane von Kamelen reißt sich an. Prachtvolle persische Vollblutkamelle, die auf den leistungsfähigen Gebieters gehorchen und vorzügliches leisten. Dann folgen die dressierten Seelöwen des Mr. Bilyas. Sie jonglieren mit großen Ballonbällen und brennenden Fackeln. Die Fische, die man ihnen als Belohnung zuwirft, fangen sie mit staunenswerter Geschicklichkeit. Frau Direktor Stofsch-Sarrajani überraschte mit einigen vorzüglich gelungenen Freiheitsdressuren Sarrajani hat seine Darbietungen mit dem Programme der Eröffnungsvorstellung nicht erschöpft. Seine Taktik ist die der Steigerung. Von heute ab zeigt Sarrajani zum ersten Mal seine berühmten „Wildwest“-Szenen in Danzig. Sarrajani führt mit sich einen Trupp von achtzig echten Indianern und Cowboys. Es sind die ersten echten Indianer, die seit Jahrzehnten wieder nach Deutschland gelangten, Krieger vom Stamme de Sioux. Langwierige Unterhandlungen waren erforderlich, um die seltenen Vertreter der kupferroten Rasse aus Amerika auszuführen. Direktor Hans Stofsch-Sarrajani mußte eine Sicherheit von 10000 Mark für jeden Mann bei der amerikanischen Regierung dafür hinterlegen, daß sämtliche Indianer binne Jahresfrist wieder wohlbehalten nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, und auch dieses Resultat wurde nur erzielt durch die Vermittlung John Millers, des größten Farmbesitzers und einflußreichsten Mannes des Staates Oklahoma, mit dem der deutsche Direktor eine Freundschaft verbindet. Die malerische Gestalt der Indianer, die schlank emporgehoben und sehr schön sind, sind von einem zurückhaltenden Stolz; von wunderbarer Reichtume sind ihre heimallichen Trachten, die mit Perlenstickereien übersät sind. Dazu gesellen sich die Trupps der Cowboys. Sarrajani's „Wildwest“-Szenen vereinigen alle die wilden, verwegenen Reiter der Prärie, die Virtuosen der Lasso, die Kunstschützen, die tollkühnen Voltigeure. Überfall auf Expressposten und auf Blockhäuser wechseln sich ab mit artistischen Meisterleistungen, mit der Dressur von acht Mexikaner Wildschimmeln, die ohne Zaum und Zügel in Freiheit dressiert sind, mit dem Reiten der Bockpferde, mit spannenden, halberbreischen Reiterportspielen. In dieser einzigen Programmmummer wirken 80 echte Indianer und Cowboys und über 100 Pferde mit: eine Meisterleistung der Regiekunst in d'Arreka.

Keine Verlängerung des Sarrajani-Gastspiels. In des enormen Erfolges, den Sarrajani in Danzig erntet, wird die letzten beiden Vorstellungen unweiderrücklich am nächsten Sonntag stattfinden. Es mag nochmals ausdrücklich hervorgehoben werden, daß in den Nachmittagsvorstellungen vollkommen ungekürztes Abendprogramm zur Durchführung gelangt, mit Einschluß auch des großen exotischen Schaustück „Wild-Weiß“. Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. Die Sarrajani-Schau erzielte bisher täglich ausverkauft Häuser, so daß stets Hunderte keinen Zutritt fanden.

# Graubenz-Strasburg.

**Wuige Ceute.** Die Graubenger Liberalen beschlossen in einer Versammlung, sich nicht an der Landtagswahl zu beteiligen. Da die liberale Kandidatur so aussichtslos ist, ist dieser Beschluß notwendig. Das sonderbare an ihm ist nur die Begründung, die ihm seine Wähler auf den Weg mitgaben. Die Liberalen verblieben auf die Teilnahme an dem Wahltag.

„Da die jetzige Wahlmännerwahl wieder zur Genüge durch die Beeinträchtigung, Bedrohung und den Terrorismus, der von konservativer Seite ausgeht wurde, bewiesen hat, daß sie nicht die Stimme des Volkes kundgibt. Auch wird es als eine besondere Härte empfunden, daß etwa ein Drittel aller Wahlmänner aus dem Stadtkreis Graubenz zur Landtagswahl nach Freystadt fahren muß. Wir erheben durch unser Fortbleiben noch Freystadt Protest gegen ein Wahlrecht, das zum Schaden unseres lieben Vaterlandes allein die Sonderinteressen einer einzelnen Partei schützt.“

Diese selben Liberalen, die in Graubenz eine Sprache führen, daß man meinen könnte, in ihren Reihen stecken verkappte Rote, sind aber im Nachbarwahlkreis Thorn-Kulm-Briefen mit den konservativen Wölfen ein Herz und eine Seele. Auch in Graubenz lebten die Liberalen noch vor Jahresfrist mit den Agrariern in Duzbrüderlichkeit. Welche Prügel müssen sie also gekriegt haben, daß das Freundschaftsverhältnis so jäh zerritt! Schöne Seelen, die sich verloren haben.

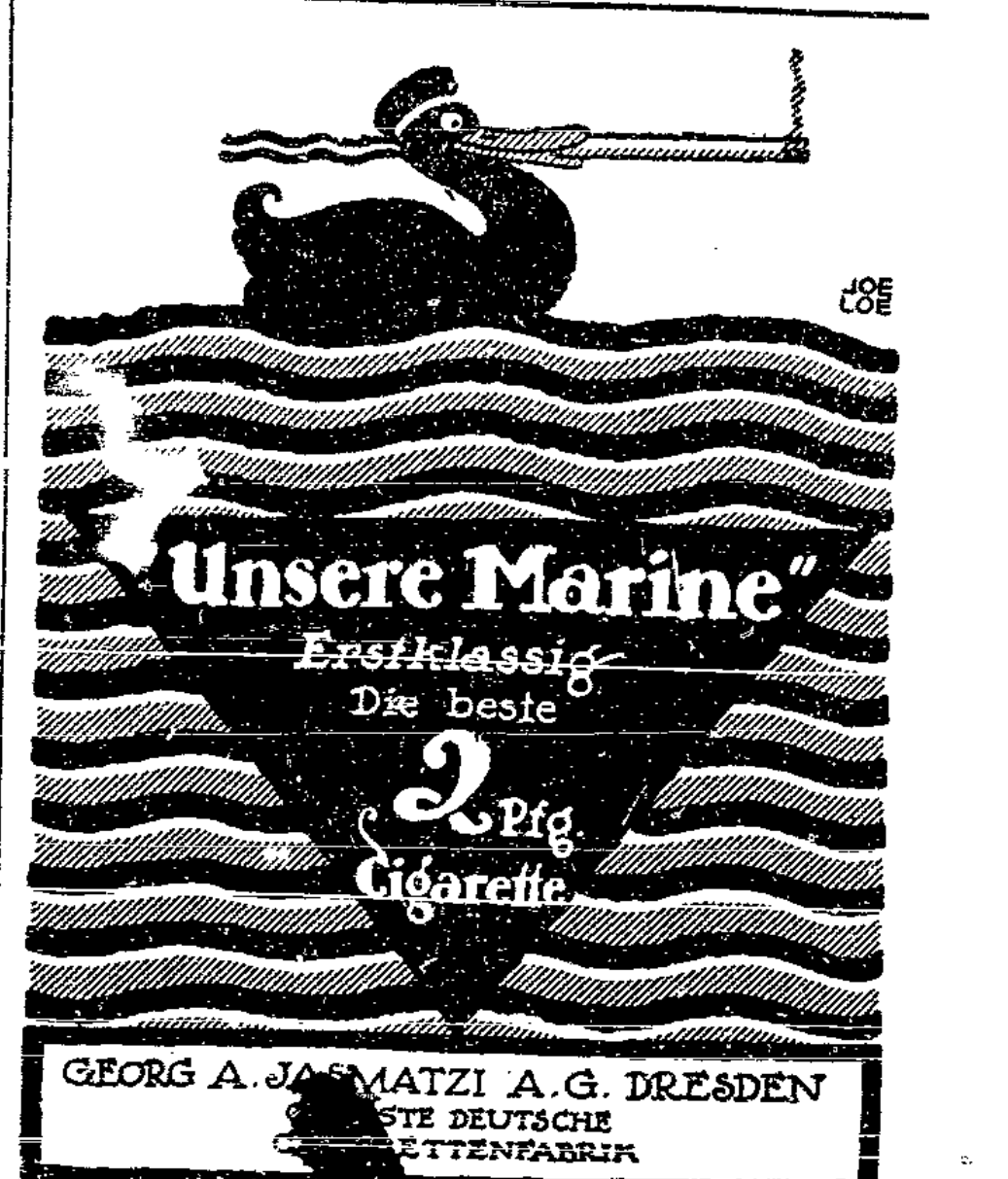
**Selbstmord.** Im Stadtpark erschloß sich der Böttchermeister Grubusch.

# Thorn-Kulm-Briefen.

## Die Thorner Honigkuchenfabrikanten gegen das Koalitionsrecht.

Zu den Gegnern des Koalitionsrechts gehören zweifellos in erster Linie die Honigkuchenfabrikanten in Thorn. Sie verfolgen die Arbeiterbewegung und versuchen jeden Keim der gewerkschaftlichen Organisation auszurotten. Nur diejenigen Personen werden im Betriebe geduldet, die sich dem Willen der Honigkuchenfabrikanten ohne Murren unterwerfen. Hauptsächlich tut sich die Firma Weese in der Verfolgung der Arbeiterorganisation besonders hervor. Herr Weese duldet in seinem Betriebe keinen zentralgewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Wehe demjenigen, der es wagen sollte, sich im Zentralverband der Bäcker und Konditoren zu organisieren. Er wird auf das Straßenpflaster geworfen. Unter ständiger Aufsicht und Antreibung wird im Betriebe gearbeitet. Mit 28 und 30 Pfennig Stundenlohn werden verheiratete Männer abgepeist. Die Firma Hermann Thomas zahlt 26 Pfg. pro Stunde für männliche Arbeiter und 9 und 12 Pfennig für Arbeiterinnen. Die Honigkuchenfabrikanten haben den Arbeitern das Koalitionsrecht genommen. Die „sozialen Einrichtungen“ Altersprämie sowie Geburtsbeihilfe usw., die von der geschäftsführenden Firma Weese als „Wohlfahrtseinrichtung“ geschaffen worden sind, sollen die Arbeiter nur an den Betrieb fesseln und ihm völlig untertan machen. Der Hoflieferant Hermann Thomas dokumentierte seine Feindschaft gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung dadurch, daß er sofort zwei Familienwäter entließ, als er erfuhr, daß sie im Zentralverband organisiert waren. Er hat erklärt, daß er keine organisierten Arbeiter in seinem Betriebe dulden werde. Die Sozialdemokraten sollen sich lieber um die Diebstähle der Arbeiter kümmern, als um seine Betriebseinrichtung und um die Arbeitsweise, die bei ihm besteht. Die offenbare Koalitionsfeindschaft und die Verfolgung der Arbeiterbewegung der Honigkuchenfabrikanten Herren Weese und Hermann Thomas a. d. d. großen Öffentlichkeit nicht verheimlichen werden, damit die organisierte Arbeiterkraft aller Städte und Orte erfüllt, wie die Herren Honigkuchenfabrikanten die Rechte der Arbeiter respektieren. Arbeiter! Parteigenossen! Merkt euch die Leute! Es wird Zeit, daß sich die gesamte Arbeiterkraft mit diesen reaktionären Unternehmern ernstlich befaßt und zur Abwehr der Scharfmacherei entschiedene Gegenmaßnahmen trifft. Die süßen Produkte verkaufen die Honigkuchenfabrikanten gerne an Arbeitervereine, an Warenhäuser und auf Jahrmärkten in den Großstädten. Da werden die Großen der tausenden Sozialdemokraten entgegengekommen, aber die Arbeiterbewegung wird verfolgt. Arbeiter! Parteigenossen! Helft dieser schwer um ihre Existenz ringenden von den Fabrikanten gedrückten Arbeitergruppe. Nehmt von dieser Veröffentlichung Kenntnis und berücksichtigt beim Einkauf die Arbeiterfeinde nicht. Beweist den Arbeitsbrüdern eure Solidarität und moralische Unterstützung.

Die Firma Richard Thomas-Thorn ist nicht koalitionsrechtsfeindlich. Sie respektiert die Rechte der Arbeiterkraft und behandelt die Beschäftigten anständig. Wir bitten diese Firma beim Einkauf von Waren zu berücksichtigen. Auf den Märkten, in den Warenhäusern und Konsumvereinen können die Arbeiterkonsumenten, durch ihr solidarisches Verhalten, Remedur in diesen Domänen schaffen. Der Weg zu einer höheren Entwicklung muß auch dieser Arbeiterkraft durch gemeinsame Hilfe gegeben werden und dann wird auch der Terror der genannten Honigkuchenfabrikanten fallen.



**Unsere Marine**  
Erstklassig  
Die beste  
2 Pfg.  
Cigarette.  
GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN  
STE DEUTSCHE  
ZETTENFABRIK

In geheimer Sitzung hatte sich die Versammlung noch mit neuen Wünschen des Inhabers der Schichauwerke zu beschäftigen. Die Mannstraße, die erst vor einigen Jahren angelegt wurde, soll verlegt und das freiliegende Gelände Herrn Jiese zum Bau einer 200 Meter langen Montagehalle zur Verfügung gestellt werden. Da die Kosten dieser Maßregel Herrn Jiese belasten sollen, sucht letzterer sie so niedrig als möglich zu halten, so daß berechnete im Verkehrsinteresse liegende Wünsche nicht Berücksichtigung erfahren. Es braucht hier nicht vermerkt zu werden, welche Stellung Magistrat und Stadterordnetenmehrheit zu der Sache eingenommen haben, denn es ist bekannt: Jiese ist der Herrpott Elbings und vor ihm drängen sich die Kule.

„Nur Lärm um nichts!“ könnte man ausrufen, wenn man die Vorgänge in Betracht zieht, welche zu einer Verhandlung gegen unseren Genossen Meyer, Geschäftsführer der Elbinger Zählstelle des Deutschen Arbeiterverbandes vor dem hiesigen Königl. Schöffengericht führten. Er war wegen ruhestörender Vornehmheit und Uebertretung einer Polizeiverordnung vom Jahre 1891 mit einem polizeilichen Strafmandat in Höhe von 30 Mark beglückt worden und hatte dagegen richterliche Entscheidung anrufen. Zu dem Termin waren nicht weniger als 1 Wachmeister, und 2 Polizeiergeanten aufgetreten, um das polizeiliche Strafmandat zu begründen. Anlässlich des ausgebrochenen Streiks der Arbeiter der Schiffschiffswerk wurden von der Firma von auswärtigen Arbeitswilligen, wohl in der Mehrzahl sogenannte „Hingebredler“, herangezogen, welche auch in einem Trupp von zirka 40 Mann in Elbing eintrafen und von Polizeibeamten am Bahnhof in Empfang genommen und zur Arbeitsstätte begleitet wurden. Aber auch die Arbeiter, resp. deren Vertreter, die Genossen Schulz und Meyer, waren auf dem Posten, um die Ankommenden aufklärend einzuwirken, und auch die Streikenden von eventuellen Unbesonnenheiten abzuhalten. Am Ausgange der Bahnhofsanlagen wurden denn auch die Arbeitswilligen durch Zurufe davon verständigt, daß hier Streit sei. Er soll hierbei nach den Bekundungen der Polizeibeamten übermäßig laut gewesen sein, also gelärmt haben und auch die Bezeichnung „Streikbrecher“ angewandt haben. Die Polizeibeamten Klein und Krause verboten dies und hierbei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Polizeiergeanten und den Genossen Schulz und Meyer. In der Verhandlung wurden die Angaben der Polizeibeamten ganz entschieden bestritten und der ganze Austritt auf die Verantwortlichkeit der Beamten zurückgeführt. Das Gericht gelangte zur Verurteilung Meyers, ermäßigte jedoch die Strafe um 10 Mark.

Wir sind der Auffassung, daß sich dieser bedauerliche Austritt sehr gut hätte vermeiden lassen. Es steht doch fest, daß die Arbeiterkraft ein Recht besitzt, eventuelle Arbeitswillige über die Situation bei Streiks aufzuklären. Und wenn dies am hellen lichten Tage durch einige vielleicht etwas überlaute Worte geschieht, wird doch noch niemand in seiner Ruhe gestört und in seinen Interessen gefährdet. Nach gemachten Beobachtungen aber sind nicht alle Polizeibeamten allen Situationen gewachsen. Biersch dürfte auch den Beamten, besonders den jüngeren, die nähere Kenntnis der einschlägigen Gesetzgebung abgeben und so erachten sie die harmloseste Handlung eines bei einem Arbeitstampe Beteiligten als schweres Verbrechen, das der Anzeige und Sühne bedarf. Wenn bei solchen, na sagen wir einmal Bagatellen, immer Anzeige erfolgt, dann darf man sich natürlich nicht über die Belastung der Gerichte wundern, über welche ständig seitens der Justizbeamten geklagt wird.

**Beim Abbruch eines Speichers,** der behufs Freilegung des Marienburger Schlosses abgerissen wird, stürzte der Zimmerer Radzgen zwei Stockwerke tief hinab. Er erlitt lebensgefährliche innere Verletzungen.

# Danzig-Land.

## Zur Landtagswahl.

Zu den Kuriositäten, die das elendeste aller Wahlsysteme liefern. Wird da im Schönbaumer Gebiet eine Wahlmännerwahl nötig, weil der betreffende Wahlmann zweimal gewählt worden ist. Die Bekanntmachung dieser Wahl erfolgte „schon“ am Nachmittag des 29. Mai und am 31. Mai sollte bereits die Wahlhandlung vorgenommen werden. Es erschienen auch tatsächlich einige Wähler. Davon stimmten 5 für den konservativen, 3 für den liberalen und 3 für den sozialdemokratischen Kandidaten. Das Los entschied darüber, ob der liberale oder sozialdemokratische Kandidat mit dem konservativen in Stichwahl kommen sollte. Auch hier verließ uns unser „Schweineglück“ nicht, das Los entschied zu unsern Gunsten. Die dortigen „Liberalen“ stimmten in der nun folgenden Wahl für den konservativen Kandidaten und retteten dadurch das jawieles schon schwer geprügte Preußenland in Schönbaum vor dem Umsturz und Untergang.

Wenn dieser Vorfall dem Danziger Liberalismus nicht aus der Tasche hilft und seine Königstreue beweist, dann wissen wir wirklich nicht, was außerdem noch nötig wäre, sein ramponiertes Ansehen bei den Schwarzblauen wieder aufzufrischen.

**Von der Arbeiterbewegung.** Am Sonntag, den 1. Juni, fanden in Pasewark, Steegen und Stuthof Mitgliederversammlungen des Landarbeiterverbandes statt. Referent war in allen drei Versammlungen Genosse Brill-Ohra. Er sprach über: „Die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft“ und schilderte dabei die Gegenstände in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wie die Besitzer der Produktionsmittel durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft große Reichtümer erwerben, die Arbeiter aber infolge der ihnen gezahlten Hungerlöhne körperlich und geistig degeneriert werden. Sie, die alle Werte schaffen, können nicht teilnehmen an den vielen Kulturerrungenschaften, die ihrer Arbeitskraft zu danken sind. Redner kritisierte die sogenannte Arbeiterfürsorge, auf welche die Arbeiter gern verzichten, wenn man ihnen nur auskömmliche Löhne zahlen wollte, die zu einem menschenwürdigen Leben ausreichten. Wenn die Arbeiter ihre mißliche Lage verbessern wollten, könne das nur durch Selbsthilfe, und zwar in der Organisation, geschehen. Darum müsse jeder Landarbeiter und jede Landarbeiterin mithelfen, damit recht bald bessere, menschenwürdigere Zustände geschaffen werden könnten.

**Leichenfund.** In der Nähe von Krampitz fanden Angler eine Mannleiche in der Motlau. Der Tote trug Arbeiterkleidung und mag etwa 30 Jahre alt sein. Ausweisputzere fanden sich bei der Leiche nicht. Sie wurde einstweilen nach Ohra geschafft.

In Olsda erhängte sich der Arbeiter Stobbe auf dem Boden seiner Wohnung.

# Stuhm-Marienwerder.

Beim Baden ertrank in der Weichsel der Arbeiter Laskowski aus Marienwerder.

Die Stuhmer Garnison wird voraussichtlich eine Tatsache werden. In der Militärvorlage, über die gegenwärtig in der Budgetkommission verhandelt wird, ist Stuhm als Standort für ein Bataillon Infanterie vorgesehen.

empfehl ich daher, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen. In welchem der ganz vorzüglichen Leistungen können wir allen unseren Lesern den Besuch der Sarrasani-Schau nur dringend empfehlen.

**Mittelschläderisches.** Für das Steinbildhauergewerbe und seine verwandten Berufe in den Kreisen Danzig-Stadt und Land, Berent, Pübig und Neustadt soll eine Zwangsgesinnung errichtet werden.

**Automobil-Zusammenstoß.** Am Sonntag Vormittag gegen 10 Uhr stießen zwei Automobile in Pongfuh an der Ecke des Geschäftshauses der Firma Walter Edelstein zusammen. Das Auto des Schichauwerkes Direktors Carlsson fuhr in raschem Tempo den Jäschkenaler Weg herab und stieß mit dem Auto eines Kaufmanns aus Prausl, der von Danzig kam, heftig zusammen. Zwei Damen, die im Auto saßen, wurden auf die Straße geschleudert, haben aber glücklicherweise keine ernstlichen Verletzungen davongetragen. Die beiden Automobile sind schwer beschädigt.

**Schwarz Nachbarn** erhält unser Parteigenosse Vangomst in Altschottland. In der unmittelbaren Nähe seiner Druckerei wird ein katholisches Vereinshaus für die Gemeinde Altschottland errichtet.

**Verstümmeltes** ist seit der Nacht zum Sonntag der Maschinist Marino Anderson, bedienstet auf dem schwedischen Dampfer Hugo, der gegenwärtig in der Motlau liegt. Da man seine Miße an Bord fand, er auch nachts an Bord zurückgekehrt war, wird angenommen, daß A. über Bord gefallen oder ihm sonst ein Unfall zugefallen ist. Der Verstümmelte war zirka 25 Jahre alt, mittelgroß und trug blaue Seemanns Kleidung.

# Elbing-Marienburg.

## Aus dem Elbinger Stadtparlament.

Mit dem Eintreten der wärmeren Jahreszeit lichten sich die Ränke der Herren Stadtväter mehr und mehr. Die Mandatare der besitzenden Klassen nehmen Urlaub und eilen zu ihrer Erholung nach den kühlen Seeestädten oder in die reine Luft der Berge. Die Vertreter des Proletariats dagegen, wie z. B. im Bau- und Tischlergewerbe nach monatelanger Beschäftigungslosigkeit wieder reichliche Arbeitsgelegenheit, welche aus wirtschaftlichen Gründen ausgenutzt werden muß und manchen dieser Stadtväter zwingt, den Sitzungen fern zu bleiben. So zählte die gestrige Versammlung nur ganze 37 Häupter. Die Verhandlungen gestalteten sich teilweise recht interessant. Ein außerhalb der Tagesordnung gestellter Antrag des Herrn Sarrasini, betreffend Regulierung der Königsbergerstraße und Legung des Gleises der elektrischen Straßenbahn beschäftigte die Körperschaft allein über 1 1/2 Stunden. Bekanntlich wurde in letzter Sitzung der Beschluß gefaßt, das Gleis der elektrischen Bahn in der Königsbergerstraße durchgängig in die Straßenmitte zu verlegen. Bei näherer Bestätigung ergab es sich jedoch, daß sich diese Maßnahmen nicht werden aufrecht erhalten lassen. Vermögens nicht für die Strecke, wo der Hr. Wunderberg in die Königsbergerstraße mündet und die Straßenbahn eine beträchtliche Kurve zu überwinden hat. Trotzdem seitens der Magistratsvertreter der frühere Beschluß mit äußerster Zähigkeit verteidigt wurde, zitierte die Aussprache doch das Ergebnis, daß an dieser Stelle das Gleis mehr nach der Seite kommen solle, um dem Verkehrsinteresse besser zu entsprechen. — Der Magistrat verlangt in einer Vorlage die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe von 1/2 Million Mark zum Zweck der Förderung des privaten Wohnungsbau. Nach dem Bericht sollen aus diesen Mitteln Hypotheken an Bauleistige bis zu 75 Prozent des Grundstückswertes gegeben werden. Auch soll dieser Fonds nach dem 1. Januar 1914 noch um weitere 750 000 Mark aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt der Provinz Westpreußen erhöht werden. Unsere Genossen standen zunächst dieser Vorlage recht sympathisch gegenüber, in der Annahme, daß mit dieser Abschlagszahlung endlich etwas Greifbares in der brennendsten aller Fragen, der Behebung der Kleinwohnungsnot, getan würde. Doch irren ist menschlich. Sehr bald stellte es sich in der Debatte heraus, daß der Magistrat bei Ausarbeitung dieser Vorlage mehr an die Bekriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Zukunftsbürger aus dem Offiziersstande gedacht hat, als an die Lösung des Arbeiter-Wohnungs-Problems. Unsere Genossen beantragten daher, die Bewilligung nur unter der Bedingung auszusprechen, daß mit diesen Mitteln hauptsächlich der Klein-Wohnungsnot gesteuert werden solle. Dieser Antrag wurde aber von den Magistratsvertretern äußerst lebhaft bekämpft, wodurch das Vertrauen unserer Genossen noch mehr verstärkt werden mußte. Bei der Abstimmung erhob sich außer unseren Genossen nur noch Herr Dr. Krantz 1 für den Antrag. Alle übrigen, darunter die Vertreter der Zentrumspartei, stimmten dagegen, auf diese Weise ihr mangelndes soziales und wirtschaftliches Verständnis dokumentierend. Es wird fortgekehrt energischen Drängens der Arbeiterkraft bedürfen, um die herrschende Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu zwingen.

1000 Mark werden als Beihilfe für das im Bau befindliche Taubstummenheim gefordert. Für diesen Zweck hat die Stadt Elbing bereits schon früher mehrere tausend Mark beigesteuert, während der Provinz, für die das Institut geschaffen wird, weit im Rückstande geblieben ist. Auch scheint die Bauleitung mit noch größeren Auswendungen seitens der Gemeinden und auch Privater zu rechnen. Denn während ursprünglich der Kostenschlag auf hundert bis hundertzwanzigtausend Mark festgesetzt war, ist er während des Baues auf 180 000 Mark angewachsen. Und bereits wird gemunkelt, daß auch diese Summe nicht ausreichend sein wird. Daß bei dieser Sachlage die größeren Geldgeber nicht nur Interesse, sondern ein Recht der Mitbestimmung bei dem ganzen Projekt verlangen dürfen, und die Anordnungen nicht einigen Privatpersonen überlassen werden können, liegt klar auf der Hand und unter Redner gab dieser Notwendigkeit auch Ausdruck. Er hob aber noch ganz besonders hervor, daß die Errichtung und Unterhaltung solcher Anstalten eine Pflicht des Staates sei und das Schwanken des Budgets für dergleichen Einrichtungen ein unwürdiger Zustand wäre. Schließlich wurde die Bewilligung ausgesetzt. Der Leiter des Taubstummenvereins, Herr Piarror Sisko, soll zunächst um Klarstellung der Verhältnisse des Vereins ersucht werden. In der Debatte wurde auch bemängelt, daß seitens der Bauleitung die Absicht bestehe, größere Teile von Bauausführungen an auswärtige Unternehmer zu vergeben. Dies wird hoffentlich unterbleiben, denn es wäre ja noch schöner, wenn die Elbinger Bürger nicht nur zum Teil gut genug wäre, die Arbeitsgelegenheit eher nur auswärtigen Unternehmern zu gute käme.

An Stelle des infolge hohen Alters zurücktretenden Bibliothekars der Stadtbibliothek, Professor Neubauer, soll zunächst auf Probe vom 1. Oktober ab ein Bibliothekar im Hauptamt angestellt werden. Dieser soll die zu errichtende Volksbibliothek mit verwalten und täglich im Amt sein. Bisher war die Stadtbibliothek nur Montags und Donnerstags von 12—1 Uhr mittags geöffnet.

In die in letzter Sitzung beschlossene gemischte Kommission, welche die Bücher des Oberstadtdirektors nachzuprüfen hat, wurden die Herren Levinson, Straub und Beller gewählt und zum in diesem Jahre in Thorn stattfindenden westpreussischen Stadttage die Herren Diegner, Schulze und Weiper, alles Vertreter der ersten und zweiten Wählerabteilung, delegiert. Die dritte Abteilung wird ja meist als Stiefkind behandelt.

### Nationalpolnische Arbeiterfreundschaft.

Polnisch-katholische Arbeiter schreiben uns zu diesem Thema: Es ist bekannt, daß die Polen den sozialdemokratischen Vertretern im Reichs- und Landtage vorgeworfen haben, die Abgeordneten Borchardt und Wendel hätten ihre polenfreundlichen Reden nur gehalten, um die Polen zu fördern. Da das Verschweigen der Wahrheit nicht unsere Pflicht sein kann, so müssen wir bestätigen, daß der polnisch-katholische Arbeiter von seinem Herrn genau so ausgenutzt wird, wie der deutsch-katholische oder der evangelische. Auch wenn dieser Herr wie sein Arbeiter ein Nationalpolke ist. Hier ein Beispiel. In Thorn wurde bei den Landtagswahlen lebhaft für die polnischen Kandidaten agitiert. Großen Eifer bewies die bekannte Firma Leo Pograwski und Genossen. Aus einem früheren Paketträger hat sich Herr Pograwski im Laufe der Jahre zu einem großen Herrn entwickelt. Den Thorer Kohlenkönig nennen ihn die Weichselstromarbeiter. Vor der Wahl äußerte der Herr Pograwski, wer für den Polen Stimme, könne hoffen, bei ihm zu arbeiten. Nach der Wahl aber wars anders. Der Arbeiter Ruminski hatte vor dem schlesischen Kohlenarbeiterstreik bei Pograwski gearbeitet und dann, als die Kohlenzufuhr ausblieb, ausgesetzt. Als nun neue Kohlenladungen in Thorn eintrafen, hat Ruminski wieder um Einstellung. Der polnisch-nationale Christ jedoch traktierte den Arbeiter mit Schimpfworten und Ohrfeigen. Ruminski hat Strafantrag gestellt und so wird die Sache wohl noch für den allgewaltigen Herrn ein unerfreuliches Ende nehmen. Einstromweilen erzählt er den katholischen Schiffern, die Weichselstromarbeiter glaubten nicht an Gott und verflohen ihren Verdienst.

### Aus der Partei.

#### Aus den Organisationen.

Ein Spiegelbild im Kleinen von dem Wirken der Breslauer Richter gegen die modern organisierte Arbeiterchaft gibt der Bericht des Wahlvereins für den Kreis Breslau- (Land-) Neumarkt, der in der Generalversammlung erstattet wurde. Zwölf Monate mußten einige Genossen allein deswegen hinter K e r r e m a u e r n zubringen, weil sie bei der letzten Reichstagswahl einige Wahlortfleher auf ungescheitliche Handlungen aufmerksam machten. Die Ausgaben für verhängte Strafen betragen 900 Mark, die der für Bericht, Anwalt und Unterstützung für die Inhaftierten 3816 Mark. Trotzdem geht es aber mit der Bewegung vorwärts, vor allem macht die geistige Durchbildung der Mitglieder gute Fortschritte, deren Zahl gegenwärtig über 4000 beträgt, darunter 615 weibliche. Die Zahl der B o l l s w a c h t - Abonnementen beträgt 4650. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß der Kreis stark agrarisch durchsetzt ist. Die Einführung von Distriktsversammlungen hat sich gut bewährt, obwohl einzelne Mitglieder zu den Versammlungsabenden stundenlange Wege machen müssen. Ebenso bewährt haben sich die besondern Frauenabende. An Flugblättern wurden in der nur neun Monate umfassenden Berichtszeit 28 000, Volkskalender 16 000, darunter 2000 in polnischer Sprache, für die polnischen Saisonarbeiter verteilt. Außerdem wurde der L a n d b o t e in 74 000 Exemplaren regelmäßig an die Landbevölkerung verbreitet. Für Distriktsführer und Leiterinnen der Frauenabende wurden besondere Bildungsabende veranstaltet, um diese mit der Geschäftsführung und dem Programm der Partei vertraut zu machen. Auch diese Bildungsabende haben sich gut bewährt. Die Vereinsgeschäfte wurden in drei Generalversammlungen und 18 Vorstandssitzungen erledigt.

Außerdem fanden 224 Mitglieder- und 207 öffentliche Versammlungen statt. Viele von den letzteren mußten unter freiem Himmel abgehalten werden, weil die Lokalbesitzer den Terror der Agrarier fürchteten. Der Bericht hebt aber hervor, daß die Versammlungen unter freiem Himmel ausnahmslos sehr gut besucht waren.

Aus den Parteibereichen. Der von den Mitgliedern des Preßkomitees wie auch von einem vereidigten Blickerrevisor geprüfte Geschäftsbericht über die Leipziger Volkszeitung weist für das Geschäftsjahr 1912 einen Ueberschuß von 28 730,31 Mark auf. Diese außerordentlich erfreuliche Tatsache ist dem Umstande zu danken, daß sowohl die Einnahmen aus Abonnements wie ganz besonders auch aus Inseraten gegenüber den Einnahmen der Vorjahre wesentlich gestiegen sind. Während im Jahre 1911 die Einnahmen aus Abonnements 305 147,65 Mark betrugen, sind sie im Berichtsjahre auf 352 401,81 Mark gestiegen, die Einnahmen aus Inseraten stiegen in der gleichen Zeit von 294 110 Mark auf 338 300 Mark. Diefen erhöhten Einnahmen gegenüber steht freilich auch eine Erhöhung der Ausgaben. Die Herstellungskosten (Sah, Druck, Papier), erhöhten sich von 456 280 Mark im Jahre 1911 auf 507 956 Mark im Jahre 1912. Der Aufwand für die Redaktion stieg von 92 577 Mark im Jahre 1911 auf 98 061 Mark im Jahre 1912. Die zu Anfang des Berichtsjahrs stattgefundenen Reichstagswahlen brachten eine wesentliche Steigerung der Abonnementzahl. Durch eine von den Parteigenossen des Verbreitungsbezirks insgesamt entfoltete außerordentlich rege Agitation für die Leipziger Volkszeitung wurde aber auch nach den Wahlen das Interesse der Arbeiterchaft an ihrem Organ wachgehalten, so daß die Auflagenziffer jetzt rund 55 000 beträgt. Um die Aktualität des Blattes zu erhöhen, wurde im April des Berichtsjahrs eine durch drei Redaktionsmitglieder besetzte Redaktion in Berlin etabliert, die der Leipziger Redaktion täglich die wichtigeren politischen Begebenheiten übermittelt. Ob sich diese Einrichtung bewährt, muß freilich die Zeit lehren. Jedenfalls hat das Preßkomitee zu dieser Einrichtung bereitwillig die Zustimmung gegeben, damit kein Mittel unversucht bleibt, um die Zeitung aktuell zu erhalten und den Lesern die politischen und sonstigen Vorgänge mit tunlichster Beschleunigung zu übermitteln.

### Gewerkschaftsbewegung.

Der Verband der Bureauangestellten veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1912. Daraus ergibt sich eine erfreuliche Entwicklung dieser Berufsorganisation. Der Verband erhöhte seine Mitgliederzahl von 6598 auf 7653. Er erzielte eine Einnahme an Beiträgen von 107 000 Mark, wozu noch rund 24 000 Mark aus Buchhandlungs- und Verlagsgeschäften kommen. An Unterstützungen für Kranke, Stellenlose, Sterbegeld usw. wurden rund 26 000 Mark aufgewendet. Das Vermögen des Verbandes beziffert sich auf rund 68 000 Mark. Hierzu kommen noch rund 300 000 Mark Vermögen der Pensionskasse des Verbandes, zu der jedem Mitgliede der Beitritt bereits mit einem Monatsbeitrage von 1,10 Mark freisteht. Auch die Stellenvermittlung hat sich gut bewährt. Auf diesem Gebiete hat der Verband eine recht segensvolle Tätigkeit entfalten können. Die Stellenvermittlung erfolgt für Verbandsmitglieder und Prinzipale völlig kostenlos. Annahmungen hierzu können jederzeit bei dem Zentralstellennachweis, Berlin E 25, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 a, erfolgen.

### Wirtschaftliches.

#### Anhäufung des Reichtums in Preußen.

Das zur Ergänzungssteuer herangezogene Vermögen stieg in Preußen von 84,02 Milliarden im Jahre 1896 auf 91,65 Milliarden im Jahre 1908, bis auf 104,06 Milliarden Mark im Jahre 1911. Da eine Verpflichtung zur Vermögensanzeige nicht besteht und viele unserer Begütertesten sich zu drücken wissen, darf das tatsächlich vorhandene Privatvermögen noch beträchtlich höher geschätzt werden. Ein großer Prozentsatz von Besitzenden wird außerdem noch von der Ergänzungssteuer freigestellt. Von 242 136 im Jahre 1911 Freigestellten lebten allein 148 011 in Landgemeinden. Die Vermehrung des Reichtums läßt sich leicht feststellen, wenn man die Steuerzahler auf die einzelnen Milliarden Steuersummen verteilt. Unter Weglassung der letzten nicht vollständigen Milliarde in den drei Zahlungsjahren ergibt sich folgendes Bild:

Steuerzahler			
Es teilten sich in die	1896	1898	1911
1. Milliarde	26	9	8
2. "	75	26	20
3. "	123	47	37
4. "	171	67	54
5. "	223	89	73
10. "	667	242	196
50. "	27 548	8 993	5 042
64. "	106 308	15 385	11 203
65. "	—	18 790	11 765
91. "	—	124 616	44 874
92. "	—	—	48 969
103. "	—	—	123 810

In die erste Milliarde Vermögen teilten sich 1896 noch 26, 1911 aber nur 6 Steuerzahler. Mit jeder weiteren Milliarde Vermögen wiederholt sich der Vorgang: Das Vermögen wächst rasch, so daß in jede Milliarde sich von Berichtsperiode zu Berichtsperiode weniger Steuerzahler teilen. So will es die „göttliche“ Weltordnung: Auf der einen Seite ein kleines Häuflein Auserwählter, die im Überfluß ersticken, auf der anderen Seite Millionen Menschen, die nichts ihr eigen nennen und ihr ganzes Leben lang schwer um ihre traurige Existenz zu kämpfen haben.

### Bereinskalendar.

Gesangverein Sängergruß. Die nächste Übungsstunde findet Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der Maurerherberge statt.

## Menschenfackelhaus.

### Bilder vom kommenden Krieg!

Preis 1,00 Mk. Porto: Drucksache 10 Pfg.  
Zu beziehen durch die  
Volkswehr-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

# Schuhwarenhaus

## Tuchler



### Seltenes Angebot!

Eine Partie

## Schuhwaren

zu Extra-Preisen:

- Ein Posten braune, echt Chevreau-Damen-Stiefel mit auch ohne Lackkappe . . . Einzelpaare jetzt **6<sup>50</sup>**
- Ein Posten braune Damenstiefel echt Chevreau, mit u. ohne Lackkappe Orig. Goodyear-Welt Einzelpaare jetzt **8<sup>50</sup>**
- Ein Posten braune Herr.-Chevreau-Agraff.-Stiefel mit Lackkappe . . . . . jetzt **7<sup>25</sup>**
- Ein Posten braune Halbschuhe zum Schnüren . . . . . jetzt **6<sup>25</sup>**

# Holzmarkt Nr. 19

neben der Hutfabrik Bruno Berendt.



Panama

und Strohhüte

Gr. Sendung wieder ein getroffen

Billigste Preise.

Huthaus London

nur 2. Damm 10.

### Gesangverein Sängergruß

Nächste Übungsstunde  
Donnerstag, den 5. Juni,  
8 1/2 Uhr, Maurerherberge.

Da eine wichtige Beschlussfassung vorliegt, werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Eduard Bernstein:

Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.

Preis 20 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition der Volkswehr.

Empfehle meine Reparatur-Werkstatt. Georg Krüger, Schuhmacher, Schildg., Unterstraße 3.

### Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr findet im Volkshaus unsere Mitglieder-Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schulz: Mosaische Schöpfungsgeschichte od. Darwinismus.
  2. Parteilangelegenheiten.
  3. Verschiedenes.
- Zahlreichen Besuch erwartet

Die Parteileitung.

# SARRASANI

Exerzierplatz am weißen Turm :: Telefon 212.

Allabendlich 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellungen

Mittwoch 3 Uhr } **2 Vorstellungen 2**  
Sonntag 7 1/2 Uhr }

In jeder Vorstellung

## Wild-West

80 echte Indianer und Cowboys :: 100 Pferde in einer einzigen Programm-Nummer.

Nachmittags ein vollkommen ungekürztes Abendprogramm

Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise

Vorverkauf: An der Tageskasse ab 10 Uhr morgens ununterbrochen, bei Gebr. Wetzel, Langgasse 81.

## Wintergarten

Konkurrenzlos eigenartiges Programm!

Les Lancigs, Gedächtnis-Phänomene  
Kurzes Gastspiel! Aufsehen erregend!

Marzelli, Alles lacht und schreit.

Jameson - Belli - Gruppe

Carl Sedlmayr, Populärster Münchener Humorist.

Miezel Hoffmann. F. W. Mertins.

Ruth Hellingen. Bioscop.

Anfang 8 1/4 Uhr.

? Danzig, da kannst du stolz drauf sein. ?

# Sechs billige Verkaufstage!

Um meine kolossalen Vorräte abzustufen, habe ich mich entschlossen, 6 billige Verkaufstage einzuschließen. Ich gewähre vom 2. bis 7. Juni auf alle Möbel und Waren, ganz gleich ob bei Bareinkäufen oder auf Teilzahlung,

## 10% Rabatt

außerdem erhält jeder Käufer vom 2. bis 7. Juni

bei einem Einkauf von 50 Mark an bei einem Einkauf von 100 Mark an

## 1 Billett 1. Platz Sperrsit

für den Zirkus

### Sarrasani umsonst Möbel

Kompl. Schlafzimmer v. 225. M an  
Kompl. Küchen v. 45. M an  
Kompl. Wohnzimmer v. 195. M an

Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons.

Einzelne Möbel: Kleiderschränke, Küchenschranke, Vertikos, Sofas, Garnituren, Chaiselongues, Spiegel, Bettstellen, Matratzen usw. enorm billige Preise. Auf Wunsch bequem.

### Teilzahlung.

### Anzahlung nach Wunsch.

## Herren- u. Damen-Garderobe

enorme Auswahl, spottbillige Preise.

Beamten und alten Kunden

### ohne Anzahlung.

# M. Blumenreich N.

Danzig, Breitgasse 16.

# Vorteile über Vorteile

Neu hinzugekommene Artikel besonders vorteilhaft.

<b>Goldstein's</b> <b>95</b> Pfg. = Tage!	1 Herren-Westen-Gürtel 1 Paar Hosenträger 1 Mädchen-Feuerzeug 3 Stk. Herren-Srawatten (Schleifen oder Negatives) Herren-Sport-Gürtel 1 Selbstbinder	<b>Goldstein's</b> <b>95</b> Pfg. = Tage!			
1 Damenhemd m. Sticker, Passe 1 Fantasiehemd mit Sticker und Banddurchzug 1 Anie-Beinkl. mit Sticker-Bolant 1 Untertaille ringsum mit Sticker	<b>95</b> Pfg.	1 Knabenanzug bis für 10 Jahre passend 1 Russenhittel 1 Brotkapsel 1 Kinder-Bade-Anzug gestreift u. marine	<b>95</b> Pfg.	1 Wacko-Herrenhemd 1 Wacko-Herrenhose 1 Normal-Herrenhemd 1 Normal-Herrenhose 1 D. Schlüpfer in allen Farben	<b>95</b> Pfg.
2 P. durchbr. farb. Damen-Strümpfe 4 P. echt-schwarze Damen-Strümpfe 4 Paar Wigogne-Herren-Sochen braun und grau 2 Paar Damen-Strümpfe englisch lang, geringelt	<b>95</b> Pfg.	1 Batist-Bluse weiß mit reichem Einfaß 1 Damen-Bluse schwarz-weiß gestreift, verschied. Garnitur 1 Feinen-Unterrock mit breit. Puffee-Bolant	<b>95</b> Pfg.	1/2 Dgd. Taschentücher mit gestickt. Buchstaben 12 Stück gelbe Polier-Tücher 1 Tsch-Garnitur 3teilig 1 Kasten- oder Kaffee-Tischdecke	<b>95</b> Pfg.

# Julius Goldstein

Junkergasse Nr. 2.

Lawendelgasse Nr. 4

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

<b>S. Maltenfort</b> Abhanggeschäfte EIBING, Alter Markt Möbel und Konfektion	Erscheint wöchentlich :: einmal ::	<b>Drogen und Farben</b> HYGIEA-DRUGGERIE, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wasche und Krankenpflege. Fahrrad- u. Nähmaschinen A. Hein, Breitgasse 110. Ernst Röhl, Breitgasse 78. Max Ventaki, Handgasse 21, P. 3004. Nähmaschinen D. & P. Wärmemaschinen, Reparaturen. L. Reuters, ELBING, Schichaustr. 9.	<b>ENGLISH CLUB</b> Brautgasse 106/107. SCHMIEDEGASSE 7 Alstädter Graben 78 schndl. Berufskleidg. z. billigen Preisen. Karthäuser Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Danzig 1-4	<b>C. E. Schimmelmann</b> vorm. PRANTZ. Schüsseldamm 32 Mehl, Hülsenfrüchte etc. Rob. Schulz SCHIDLITZ Karthäuserstr. 107. A. Seilke, Schidlitz, Unterstr. 18. Herm. Sielaff, Schidlitz, Weinbergstr. 37. E. Warkentin, Schüsseldamm 24. G. Wiltzki, Schüsseldamm 13. J. Wocke, Ohra, Hauptstrasse 10. Meierien Rob. Ebnasch, Schichauergasse 18. F. Steckel, Fischmarkt 3. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.	Schneiderei-Artikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. Schnupftabak-Fabriken Joh. Kostuchowski Danzig - Schidlitz Karthäuserstr. 113. Tel. 2747. Julius Kosda Danzig 2 <sup>te</sup> Priestergasse 5. Ecke Hakergasse. Schuhwaren Großes Schuhwarenlager Inh.: Fortner Kl. Mählengasse, neb. dem Platzhaus Arbeiter erhalten Warenerbatt. Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19 Unerreicht billige Preise. L. Michaels III. Danzig Nr. 4 Holligogasse 10. Großes Lager gediegener Schuhwaren Arbeitshof, Reparaturwerkstatt.
<b>N. Fingerhut, Danzig</b> Mischgasse 10 Möbel- u. Konfektion Alkoholfreie Getränke. Chr. Schatz Ohra Teleph. 450. <b>Sinalco</b> Räumlichkeiten Aug. Kahke, Schichaustr. 10. Beerdigungsanstalten. <b>H. Herder</b> Elbing, Wilhelmstr. 34. Berufskleidung Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. Bettfedern und Betten Hygien. Bettfedern-Reinigung und Desinfektionsanstalt Hakergasse 35 Hart Betten, Bettfedern, Kissen etc. Bierbrauereien <b>Danziger Aktien-</b> <b>Bierbrauerei</b> Jahresumsatz ca. 100000 Bl. <b>Alle Schlossbrauerei</b> z. d. m. b. H. Schloßbräu u. Ritterbräu Münchner Pilsener-Bräu. Bierhandlungen Bierhausbank B. Büblich Grandenz, Ostmarkt 14-16. L. L. Bronner-Schank The L. L. Carl Preuss, Grandenz Langestr. 19, Ostmarkt 17.	<b>NOETZEL</b> Junges Löwen Grandenz, Unterhornstr. 14. Blumenhandlungen H. Gail, Grandenz, Oberhornstr. 1-6. Brotfabriken <b>Danziger Broffabrik</b> z. m. b. H., Kolkowgasse 15 Blaue Schilder konax. die Niederlagen Dürten, Besra, Pilsnet Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. Butter, Eier, Käse Horst Lettau, Hundegasse 36 ca. 60 Käsesorten stets am Lager. Cigarrenhandlungen <b>A. Hofz Nachf.</b> Schmiedegasse 19. <b>J. NOETZEL</b> Paradiesgasse 39 vorz. Zigarren-Spezialmarken. <b>M. Krause</b> Rammbau 13 empfiehlt seine Spezialmarken. Corsets und Schürzen Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. Damensputz u. Modewaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. <b>M. Laube, Ohra</b> Kurz-, Weiß-, Wollwaren. Destillation, Liköre <b>A. ALFERMANN</b> Desinfektion für Schulen, Kasernen DANZIG, Fischmarkt 40-41. F. Böhrer Spezialkassens, Mengemaschinen Kolonialwaren Oscar Schützmann Tischler- gasse 67 z. Mühlen, Ham und Cognac.	Galanterie u. Lederwaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. Gelegenheitskäufe <b>Häkergasse 10</b> Herrengarderobe, Schuhwaren. Herrengarderobe S. Lazarus, Langfuhr, Hauptstr. 53. Arbeiterbekleidung Madauerfertigung u. Herrenartikel. Schwersenz Langfuhr, Hauptstr. 40. Arbeiterbekleidung. <b>GOLDENE 14</b> Lange Brücke. Konfektion das Herrenartikel Marienwerder, Markt 19. Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel Spez. Berufskleidg. Herm. Goldblum Neutauwasser, Arbeiter-Kont., Herren- und Knaben-Bekleidung. Otto Daberkow Marienwerder, Markt 19 Herren- und Knaben-Garderoben, Herrenartikel Spez. Berufskleidg. Herrenartikel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4. <b>Hut-Haus London</b> III. Danzig, Ecke Breitgasse.	Kolonial- und Feilwaren B. Bahr, Schidlitz, Karthäuserstr. 114. <b>H. ESAU,</b> Schidlitz, Karthäuserstr. 46. Rich. Folchert Schidlitz, Unterstr. 10. Theophil Kuschel, Rammbau 49. J. Lemke, Schidlitz, Karthäuserstr. 63. Fr. Ranter, Schidlitz, Oberstr. 24. J. Reischke, Schidlitz, Neue Borgo 7. Alex. Schalke, Fischmarkt 45.	Central-Molkerei G. m. b. H. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen. <b>Friedr. Dohm</b> Produkte in bekannter Güte. Niederlagen in allen Stadtteilen. Musikinstr., Grammophone Danziger Sprechmaschinen u. Fabr. Zentrals, Handgasse 31. Beile und billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht Zubehör u. Reparaturen enorm billig. Papier- und Schreibwaren <b>G. W. PETERSEN</b> ELBING, Alter Markt 38 Schul- und Büro-Artikel. Schirme, Stöcke, Mützen Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4.	